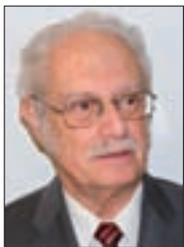


Sind Schweizer Rassisten?!

Und wie sieht es in anderen Ländern aus?



Dr. Dragan Najman,
Grossrat, Baden

Immer wieder wird behauptet, dass die Schweizer Rassisten sind. Besonders schlimm an dieser unqualifizierten Behauptung ist, dass dieser Vorwurf meist aus dem eigenen Land kommt und zwar – wie könnte es auch anders sein – von linker (SP) und von linksextremer (Pseudogrüne) Seite. Diese beiden Parteien arbeiten ja schon lange an der Demontage unserer Schweiz, so ganz nach dem Motto der berühmtesten 68-Generation «Macht aus dem Staat Gurkensalat».

POSTCODE

AZB 3001 Bern

Was ist Rassismus?

Im Brockhaus, 9. Auflage, Ausgabe 2011, steht unter Rassismus u.a.: «Unterdrückung von Angehörigen anderer Völker» sowie analog dazu unter Rassenhass: «Ideologische Hetze gegen die Angehörigen anderer Völker». Im Duden, 4. Auflage, Ausgabe 2006, steht unter Rassismus u.a.: «Lehre, nach der bestimmte Ethnien oder Völker an-

deren überlegen sind» sowie «Gesamtheit rassenideologischer Denk- und Handlungsweisen».

Heutiger Missbrauch des Wortes «Rassismus»

Von unseren Schweizerhassern (SP und Pseudogrüne) werden Wörter wie Rassismus, Rassist usw. wider besseren Wissens missbraucht, um ihre politischen Gegner zu verunglimpfen bzw. in den Schmutz zu ziehen. Bemerkung zu Sozialisten und Pseudogrünen SPS (Sozialistische Partei der Schweiz): Die SP nennen sich zwar zum Schein «Sozialdemokraten», aber von einem «D» für Demokraten sehe ich beim besten Willen nichts. Das erinnert mich fatal an die DDR (Deutsche Demokratische Republik), den ehemaligen extrem kommunistischen ostdeutschen Staat unter Ulbricht und Honecker.

Und die Grünen nenne ich jeweils Pseudogrüne oder auch «Melonengrüne». Denn diese sind wie Wassermelonen: Aussen eine dünne Schicht grün, innen aber knallrot.

Wenn Angehörige farbiger Völker sich für die Identität ihrer Völker stark machen, dann ist das Antikolonialismus; wenn Angehörige weisser Völker dasselbe tun, dann ist das Rassismus!

Wieso wird das Wort Rassismus heute missbraucht?

Während des unseligen «Tausendjährigen Reichs», welches zum Glück nur 12 Jahre gedauert hat (auch diese 12 Jahre waren schon zu viel), haben die Nazis das Wort Rassismus missbraucht, um missliebige Menschen wie Juden, Zigeuner, Slawen und ganz allgemein ihnen nicht genehme Perso-



nen als minderwertig zu bezeichnen und deren Ausrottung voran zu treiben. Seit jener Zeit sind Wörter wie Rassismus, Rassist usw. verpönt.

Dass die linken und extrem-linken Parteien das Wort Rassismus missbrauchen, um ihnen nicht genehme Leute in Misskredit und in die Nähe der Nazis zu bringen, ist verwerflich, wirft aber ein deutliches Licht auf die Mentalität dieser Parteien.

Im Gegensatz zu den beschriebenen Begriffen Rassismus, Rassist usw. werden diese Wörter heute missbraucht, um jeden, der es wagt, etwas gegen Ausländer zu sagen oder zu schreiben – selbst nur in ganz gemässigter Form – als Rassisten zu beschimpfen. Wenn jemand in der Schweiz nur schon

sagt, wir hätten zu viele Ausländer (obwohl jeder normale Mensch einen Ausländeranteil von gegen 25 Prozent als viel zu hoch erachten

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 3 SD für Einschränkungen bei Zweitwohnungen!
- 4 Leben und Umwelt
- 6 Nach den Wahlen 2011
- 7 Nationalbankaffäre und der falsche Überbringer
- 8 SD-Veranstaltungskalender
- 9 Aus den Kantonen
- 14 Leserbriefe

Sind Schweizer Rassisten?!

Fortsetzung von Seite 1

muss), wird er heute von der berüchtigten linken Szene bereits als Rassist beschimpft. Selbst, wenn jemand sagt, «ich hasse Italiener oder Deutsche oder sonst irgendeine andere Nationalität», ist das noch lange kein Rassismus. Es ist vielmehr dessen persönliche Meinung; diese kann aus irgendwelchen Gründen entstanden sein (persönliche Erlebnisse, schlecht verlaufene Geschäftsbeziehungen, ganz allgemein politische Einstellung usw.). Diese persönliche Meinung mag zwar unschön sein, Rassismus ist das aber noch lange nicht. Etwas anderes ist es, wenn jemand sagt, diese Leute seien minderwertig und gehörten weg, egal wie extrem man dieses «weg» meint. Das ist dann wirklich Rassismus.

Und wie sieht es in anderen Staaten aus?

Wie eingangs erwähnt, gibt es in sehr vielen Staaten der Welt innerhalb desselben Landes Abneigungen gegen die eigenen Landsleute. Ich beschränke mich hier nur auf Europa, denn, wenn ich die ganze Welt berücksichtigen würde, gäbe das ein Buch von vielen hundert Seiten.

Sowjetunion und ehemaliges Jugoslawien

Das sind heutzutage wohl die beiden bekanntesten Beispiele für Hass innerhalb eines Staates. Beide Staatengebilde sind wie Kartenhäuser auseinander gefallen, sobald der Druck von oben (Moskau hier, Belgrad da) weg war, vergleichbar mit einem Dampfkochkessel, wenn das Ventil aufgemacht wird.

Die Sowjetunion zerfiel in eine Unzahl einzelner Staaten

Zu bemerken sei hier, dass auch das jetzt verbliebene Russland eigentlich ein Unding ist. Die Gebiete östlich des Urals sind in Tat und Wahrheit Kolonien des europäischen Russland, denn diese Gebiete kamen ungefähr zur selben Zeit zu Russland als auch andere europäische Staaten ihre Kolonien in Afrika und Asien errichteten. Der wesentliche Unterschied ist, dass Russland und Sibirien geographisch eine Einheit bilden; von der Mentalität her sind es völlig verschiedene Völker. Das zeigt sich schon im Aussehen: Die echten Sibirier haben eindeutig mongolische bzw. chinesische Gesichtsformen. Zu bemerken sei, dass etwa 90 Prozent der Bevölkerung Sibiriens aus eingewanderten Russen

besteht. Und selbst die einzelnen Staaten, die sich von der ehemaligen Sowjetunion getrennt haben, sind zum Teil innerlich zerstritten. Ich erwähne hier nur ein einziges: Moldawien. Im Osten möchte man am liebsten zu Russland gehören, im Westen zu Rumänien und nur der geographisch mittlere Teil will einen eigenen Staat Moldawien. Und als Tüpfchen auf dem «i»: Innerhalb dieser Gebiete gibt es natürlich wiederum Minderheiten, die doch lieber zu Moldawien gehören wollen.

Und auch Jugoslawien fiel wie ein Kartenhaus auseinander

Jugoslawien war nach dem 1. Weltkrieg von den Siegermächten zusammen gewürfelt worden. Ursprünglich hiess es «Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen». Die im «alten» Jugoslawien dominierenden Serben wollten nicht auf ihren übermässigen Einfluss verzichten. Hier nur ein einziges Beispiel für diese Dominanz. Von 100 Generälen in der alten jugoslawischen Armee waren deren 98 Serben, einer war Kroat und einer kam aus Bosnien-Herzegowina. Entsprechend waren auch die unteren Offiziersränge zum grössten Teil Serben. Das war einer der Hauptgründe, wieso Serbien die übrigen ehemaligen jugoslawischen Staaten am Anfang militärisch dermassen dominieren konnte. Einzige Ausnahme war Slowenien. Slowenisch ist stark verschieden zum serbischen und kroatischen; Slowenien hatte deshalb zum grössten Teil slowenische Offiziere.

Italien

Dass sich Süd- und Norditaliener nicht gerade mögen, dürfte allgemein bekannt sein. Wie tief aber dieser Hass zum Teil geht, sei an folgenden wenigen Beispielen gezeigt.

Als ich bei der Alusuisse tätig war, war ich in einer Niederlassung dieser Firma in Mestre (Mestre liegt direkt vis-à-vis von Venedig auf dem Festland; es ist sozusagen der Industrieort von Venedig). Da sagte mir der dortige Chefchemiker, er sei vor einem Jahr in den Ferien in Israel gewesen. Dort stellte er fest, dass die Israeli viele arabische Speisen essen. Das ist natürlich nicht verwunderlich, denn ein grosser Teil der Israeli stammt aus arabischen Ländern, von wo sie nach der Gründung des Staates Israel vertrieben bzw. «freiwillig» ausgewandert sind). Unter diesen seien Speisen gewesen, die man auch in Süditalien isst. Das sei, so der Chefchemiker, für ihn ein Beweis gewesen, dass die Süditaliener eigentlich Araber sind!

Und ein zweites Beispiel: Die Frau meines Bruders ist im Tessin aufgewachsen (Ambri-Piotta) und hat vier Geschwister; die Eltern kamen aus den Kantonen Thurgau bzw. Uri. Einer ihrer Brüder arbeitete bei Oerlikon-Bührle. Diese Firma machte in Nordwestitalien Schiessübungen mit neu entwickelten Flabkanonen. Dabei erlitt er einen sehr schweren Unfall: Beim Abfeuern einer Kanone ging der Schuss im wahrsten Sinne des Wortes «hinten hinaus» und der Verschluss traf den Mann in der Bauchgegend. Er kam in ein Turiner Spital auf die Intensivstation. Eine seiner Schwestern, die ausgebildete Krankenschwester war, ging in das dortige Spital, um den Bruder zu pflegen. Erstaunt fragte ich meinen Bruder, wie das denn möglich sei; in der Schweiz könne doch kaum eine im Ausland ausgebildete Krankenschwester einfach in ein Spital gehen, um Verwandte zu pflegen. Mein Bruder sagte mir, im Turiner Spital sei man froh um diese Hilfe gewesen, da sie ohnehin immer zu wenig Personal hätten. Auf meine Frage, warum man in Oberitalien nicht Leute aus Süditalien nähme (dann müssten diese Leute nicht in die Schweiz oder nach Deutschland auswandern), um sie zu Krankenschwestern auszubilden, antwortete mein Bruder: «Du glaubst doch nicht, dass sich ein Norditaliener von einer süditalienischen Krankenschwester pflegen lässt.»

Frankreich

Als ich einmal aus Südfrankreich mit der Eisenbahn Richtung Schweiz fuhr, stieg in einer Ortschaft vor Genf eine Frau ein. Wir kamen ins Gespräch, in dessen Verlauf ich erwähnte, dass man doch stets vom guten Essen in Frankreich spreche. Dort, wo ich jeweils in die Ferien fahre, erhalte man in den meisten Restaurants als Entrecôte ein hauchdünnes Stück Fleisch serviert, das durch und durch durchgebraten und dementsprechend zäh wie Leder sei, also nichts vom «guten» französischen Essen. Sie fragte mich, wo das denn sei und ich antwortete: «In Saintes Maries de la Mer.» (Das liegt direkt neben der Rhonemündung.) Ihre Antwort war: «Oh, vous savez, tout ce qui est au sud de Grenoble, ce n'est plus la France, c'est l'Afrique.» (Oh, wissen Sie, alles was südlich von Grenoble liegt, das ist nicht mehr Frankreich, das ist Afrika.) Auf meine Frage, woher sie komme, lautete die nicht unerwartete Antwort: «Aus Grenoble.» Wäre sie aus Lyon oder Valence oder wo auch immer gekommen, hätte die Ant-

wort entsprechend gelauret. Mit anderen Worten: Auch in Frankreich schaut offenbar jeder, der etwas weiter nördlich wohnt, auf die weiter südlich Wohnenden hinab.

Belgien

Ich nahm einmal an einen Kongress in Lüttich teil, das auf französisch Liège heisst. Ich kam aus Holland und fuhr Richtung Antwerpen. Ich wusste, dass ich vor Antwerpen irgendwo nach links, Richtung Süden, abbiegen musste, fand aber nirgends einen entsprechenden Wegweiser. Ich hielt drei Mal an und fragte in meinem etwas holperigen holländisch, wo ich Richtung Liège abbiegen müsste. Da mich die Leute nicht verstanden, erwähnte ich jeweils, dass Liège auf deutsch Lüttich heisst. Noch immer verstanden mich die Leute nicht. Das wiederum konnte ich nicht verstehen, denn Lüttich ist immerhin die drittgrösste Stadt in Belgien (ca. 200'000 Einwohner). Schliesslich hielt ich bei einer Grossgarage an und fragte dort nach dem Weg nach Liège, wo ich auch prompt Auskunft erhielt. Ich fragte, wieso denn niemand Liège kenne, da lachte der Tankwart und sagte, auf flämisch heisse Liège «Leuk» und ich müsste diesen Wegweisern, die ich vorher schon mehrmals gesehen hatte, folgen. Liège ist zwar zu fast hundert Prozent französischsprachig, aber im flämischsprachigen Antwerpen war das Wort Liège offenbar tabu. Und dies trotzdem die Leute ja merken mussten, dass ich Ausländer bin, schon am CH-Kennzeichen.

Holland

Eigentlich müsste man Niederlande sagen, aber bei uns ist der Name Holland üblich. Die Holländer werden immer gelobt, wie tolerant sie gegenüber Ausländern und insbesondere gegenüber Farbigen seien. Grund: In Holland leben sehr viele Leute aus den ehemaligen Kolonien, vor allem aus Indonesien, aber auch aus niederländisch Guayana usw. Wissen Sie, mit welchem Schimpfwort diese Leute betitelt werden? Makaken. Das ist eine asiatische Affenart, die vor allem in Indonesien beheimatet ist. Und das – wie gesagt – im angeblich so toleranten Holland.

Irland

Als ich bei der BBC arbeitete, war ich mehrmals in Irland, darunter mehrmals in der Hauptstadt Dublin. Einmal erklärte mir ein Taxichauffeur, der mich vom Flughafen ins Hotel brachte, dass man in

Fortsetzung Seite 3

SD für Einschränkungen bei Zweitwohnungen

Am 11. März 2012 stimmt das Schweizer Volk über die Volksinitiative «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen!» der Institution «Helvetia Nostra» vom unabhängigen Umweltschützer Franz Weber ab.



Das Anliegen verlangt die Verankerung eines gesetzlich festgelegten Höchstanteils von 20% an Zweitwohnungen für jede Gemeinde. Dabei wird sowohl der Gesamtbestand an Wohneinheiten als auch die für Wohnzwecke genutzte Bruttogeschossfläche erwähnt.

Bundesrat und Parlament empfehlen die Vorlage erwartungsgemäss zur Ablehnung, zumal eine lose formulierte Ausgewogenheit zwischen Erst- und Zweitwohnungen der Problematik genügend Abhilfe schaffen soll.

Demnach formulierte die Ratsmehrheit einen entsprechenden

indirekten Gegenvorschlag. Den Gemeinden mit tieferen Anteilen drohen angeblich zusätzliche Wettbewerbsnachteile. Bei dieser Stellungnahme könnte die Perspektive verfehler nicht sein, wobei sämtliche Schalmeienklänge über Nachhaltigkeit nur im Rahmen von Wahlkampfkationen wirklich ernst gemeint scheinen.

Zahlen und Fakten

In den letzten zehn Jahren wird die Schweiz von einer immensen Einwanderungswelle heimgesucht, man spricht von zirka 80'000 Personen pro Jahr. Zudem verbetoniert die Bauindustrie jede Sekunde einen Quadratmeter an Boden. Während dem die Agglomerationen allmählich zusammenwachsen, sind auch die Bergregionen zunehmend bedroht. Skrupellose Investoren erzeugen auf die empfindliche Flora und Fauna einen geradezu zerstörerischen Wachstumsdruck. Diese Entwicklung ist bereits seit einiger Zeit im Gang. Der Konkurrenzkampf in den touristisch geprägten Regionen provoziert eine ständige Ausweitung der vorhandenen Infrastrukturen und verhindert eine der Attraktivität dienende ökologisch verträgliche Entwicklung. Die endlos fortschreitende Errichtung von Zweit-

wohnungen stellt das wohl wesentlichste Beispiel dar. Als solche bezeichnet man alle Objekte, die von Privatpersonen (Eigentümern) nur zeitweise als Feriendomizil benutzt werden. Vermietete Wohnungen fallen nicht unter diesen Begriff und werden von der Initiative ausgeblendet. **Zum heutigen Bestand von zirka 600'000 Zweitwohnungen kommt jährlich die stattliche Anzahl von 8000 weiteren Wohnobjekten hinzu, was etwa mit der Stadt Solothurn gleichzusetzen ist. Davon können 62% den Berggebieten angerechnet werden.** Die Folge spürt man indes bei der Abnahme von landwirtschaftlich genutzten Flächen, der Zunahme an Leerwohnungen infolge Überkapazitäten (auch «kalte Betten» genannt) oder den rapide steigenden Grundstück- und Immobilienpreisen allgemein. Mit der Verdrängung des primären Sektors aus den alpinen Gebieten verschwindet neben schweizerischem Kulturgut auch die Möglichkeit der betriebswirtschaftlichen Diversifizierung. Stattdessen sind Teile der einheimischen Bevölkerung ohne touristische Tätigkeit gezwungen, in das ländliche Unterland oder gar in urbane Gebiete umzuziehen. Die Höhe der Wohnkosten entspricht ungefähr dem

Niveau einer schweizerischen Grossstadt, wobei sich die Löhne weit darunter befinden. Somit unterliegen diesem volkswirtschaftlichen Wandel auch unberechenbare Verluste, die bei ausbleibenden Regulierungen und Fördermassnahmen nur sehr schwer zu korrigieren sind. Knapp ein Viertel aller Schweizer Gemeinden haben Anteile von über 20% an der Gesamtwohneinheit. Betrachtet man die kantonale Statistik, so verfügen alpine Wohnkantone wie Graubünden und Wallis über Höchstwerte von 81% respektive 78%. Darin spiegeln sich touristische Stätten wie Leukerbad VS mit 73% oder Churwalden/Lenzerheide GR mit 70%. Zudem stellt sich die Frage nach dem realen Gewinn, der mithilfe eines liberalen Marktes und falschen Anreizen wie der Pauschalbesteuerung von vermögenden ausländischen Staatsbürgern, der angestrebten Aufhebung der «Lex Koller» (Einschränkung des Grundstückserwerbs von Ausländern) oder dem unkontrollierten Steuerwettbewerb erzielt werden soll. Es sprechen lokale Akteure von sanftem Tourismus, während Gemeinden wie Andermatt quantitative Strategien mit neuen Grossüberbauungen («Andermatt Resort») verfolgen und hoffen, dass die künftigen Entwicklungen dem eigenen Standort lediglich Vorteile bescheren und stets zu steuern seien. Betrachtet man die Nachfrage der aktuellen Marktsegmente, so stösst man unweigerlich auf ein zentrales Argument. **Die wahre Anziehungskraft liegt in der natürlichen Landschaft und weniger in der dazugehörigen Infrastruktur.** Diese These wurde vor ungefähr einem halben Jahr vom Tourismus Monitor Schweiz veröffentlicht und stützt sich auf repräsentativen Gästebefragungen von Schweiz Tourismus (TS). Daher zeigt sich qualitative nachhaltige Entwicklung viel mehr in stetigen Investitionen für bestehende Angebote. Diese sollen sich sowohl nach den erwarteten Gästen als auch nach den Bedürfnissen der Natur richten. Gemäss dieser Zielsetzung haben sich die Standorte längst erfolgreich positioniert und könnten getrost auf ein flächenorientiertes Wachstum verzichten.

Behalten wir Bewährtes bei und schützen die Einzigartigkeit der Schweizer Berge! Legen Sie daher ein kräftiges JA zur Volksinitiative «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen!» in die Urne!

Adrian Pulver,
SD-Zentralsekretär, Bern

Sind Schweizer Rassisten?!

Fortsetzung von Seite 2

Dublin für die Verkehrsbetriebe (vor allem Busse) aus Gründen der Effizienz im Norden von Dublin einen grossen modernen Zentralbahnhof mit den nötigen Werkstätten usw. gebaut habe statt der bisherigen zwei Bahnhöfe je im Norden und Süden von Dublin. Dieser stehe aber praktisch leer, weil sich die Chauffeure aus Süddublin weigerten, ihre Fahrzeuge in den Norden zu fahren bzw. dort abzuholen. Dies nicht etwa aus Zeitgründen, denn der benötigte Zeitaufwand wäre bezahlte Arbeitszeit gewesen. Der Grund war: Ein Süddubliner geht doch nicht nach Norddublin in die Werkstatt! Also sogar in ein und derselben Stadt herrschen offenbar unüberbrückbare Gegensätze bzw. Feindseligkeiten.

Finnland

Zum Schluss komme ich zum absoluten Tiefpunkt. Im Gespräch mit einer Frau aus Finnland sagte ich einmal, sie sei eine Finnin, worauf sie antwortete, sie sei keine Finnin, sondern Finnländerin. Ich dachte, sie könne halt nicht so gut

Deutsch und erklärte, dass man auf Deutsch Finnen und nicht Finnländerin sage. Sie beharrte jedoch ganz empört darauf, dass sie Finnländerin sei und erklärte mir den Unterschied. Einwohner von Finnland finnischer Herkunft würden Finnen heissen und Einwohner von Finnland schwedischer Herkunft nennen sich Finnländer (auch wenn die letzteren teils schon vor Jahrhunderten nach Finnland eingewandert waren). Und für sie als «Finnländerin» war es offensichtlich eine Beleidigung, als «blosse» Finnin bezeichnet zu werden.

Schlusswort

1. Wenn ich in meinem Artikel jeweils eine Nationalität pauschal erwähnt habe, ist das eine Allgemeinwertung gewesen. Es gibt sicher in allen Ländern «solche und andere», d.h. die einen halten alle Landsleute für «gleichwertig», die anderen machen innerhalb ihres eigenen Landes Unterschiede.

2. Ich habe mich in meinem Artikel lediglich auf Europa beschränkt. In anderen Kontinenten gehen die Feindseligkeiten unter Einwohnern desselben Staates

noch viel weiter. Dort kämpft oft praktisch jeder Stamm gegen den andern. Hier nur drei Beispiele: Im Kongo herrschten nach dem Abzug der Belgier ab 1. Juli 1960 jahrelange blutige Kämpfe zwischen den verschiedenen Stämmen, ebenso in Nigeria. Und auf die Zustände in Ruanda und Burundi (der ehemaligen belgischen Kolonie Ruanda-Burundi) muss ich wohl kaum speziell hinweisen. Dort metzeln sich Hutus und Tutsis gegenseitig nieder, zum Teil bis zur völligen Ausrottung (ausser denjenigen, die rechtzeitig flüchten können).

3. In Afrika muss man allerdings folgenden Vorbehalt machen: Ehemalige Kolonialmächte wie Grossbritannien, Frankreich und Belgien haben meines Wissens ganz bewusst sich feindlich gesinnte Stämme in einen einzigen Staat eingebaut mit folgendem perfiden Hintergedanken: Wenn sich die Stämme gegenseitig bekämpfen, haben sie weniger Energie, gegen die Kolonialmacht anzutreten. Und ausserdem konnte man sie auch in der Verwaltung, in Polizei, Militär usw. gegeneinander ausspielen.



Mangelhaft umgesetztes Tierschutzgesetz



Kastenhaltung von Mutterschweinen in der Schweiz.

(Bild: VgT-Nachrichten)

jd. Das vorbildliche Tierschutzgesetz der Schweiz wird leider nur mangelhaft umgesetzt, wie der kürzlichen Mitteilung der Organisation Stiftung für das Tier im Recht zu entnehmen ist. Je nach Kanton schwanken die Straffälle von Verstössen gegen das Gesetz nach der Statistik des Bundesamtes für Veterinärwesen des Jahres 2010 sehr stark. Es sind Officialdelikte. Die Spitzenposition nimmt der Kanton Appenzell-Innerrhoden ein mit 5,1 Straffällen auf 10'000 Einwohner. Ebenfalls viele Fälle gab es in den Kantonen St. Gallen, Appenzell-Ausserrhoden, Solothurn, Bern und Aargau (2,2 bis 3,5). Schon eher mässig ist die Anwendung des Gesetzes in den Kantonen Zug und Zürich (1,3 und 1,2). In allen übrigen Kanto-

nen ist die Anwendung unbefriedigend (0,1 bis 1,0) Den Rekord erzielt der Kanton Wallis mit nur 0,1 Fällen auf 10'000 Einwohner. 578 Fälle betrafen Heimtiere, 329 Nutztiere und 103 Wildtiere. In den meisten Fällen waren Hunde betroffen (478), gefolgt von Rindern (143), Katzen (74) und Schafen (66).

Die Stiftung für das Tier im Recht deutet die Unterschiede mit der unterschiedlichen Verfolgung von Verletzungen des Tierschutzgesetzes. Als Sanktionen finden auch Kürzungen von Direktzahlungen in der Landwirtschaft statt. Verletzungen des Tierschutzgesetzes sind Straftaten, keine Kavaliersdelikte, weist die Stiftung für das Tier im Recht hin.

Vorbeugung des Haschens!

Cannabis ist weltweit gesehen wie auch in unserem Land das am meisten konsumierte Rauschgift. Es sind jedoch auch künstlich hergestellte Drogen auf dem Vormarsch (z.B. die illegal hergestellten sogenannten synthetischen Cannabinoide, «Spice» genannt, bei denen die Zusammensetzung ständig leicht ändert und die die Wirkung von Cannabis nachahmen).

Am 1. Juli 2011 sind nun das revidierte Betäubungsmittelgesetz und die dazugehörigen Verordnungen in Kraft getreten. In Artikel 8 Abs. 1-d wird festgehalten, dass Betäubungsmittel des Wirkungstyps Cannabis weder angebaut, eingeführt, hergestellt noch in Verkehr gebracht werden dürfen. Wer dies unbefugterweise tut, macht sich strafbar.

Jugend ohne Drogen

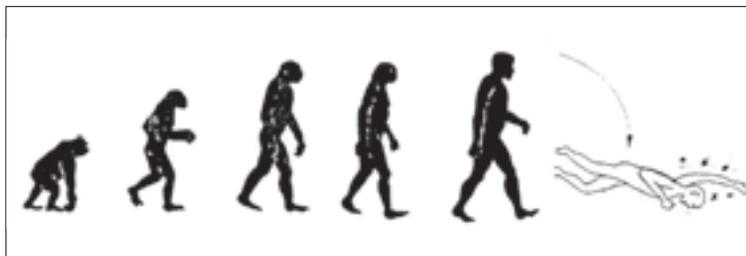
Leserbrief an Pro Natura

«Für mehr Natur – auch in der Politik!» Mit diesem Schlagwort ist Pro Natura eben jetzt auf Bettel-tour. Gerne würde man das glauben, wenn da nicht im letzten Pro Natura Magazin der Beitrag «Abschottung löst keine Probleme» erschienen wäre. Eigentlich sollte es allen klar sein, dass die Schweiz kein Einwanderungsland ist. Dazu ist sie viel zu klein, bereits zu dicht besiedelt und auch zu schön. Ohne Einschränkung der Einwohnerzahl geht das Zubauen weiter. Damit wachsen der heute schon gewaltige Verkehr, die Immissionen, der Energiebedarf, der Druck auf die Natur, etc. Das ist Pro Natura

alles bekannt. Umso unverständlicher ist es, dass die kluge und politisch neutrale Ecopop-Initiative nicht unterstützt wird. Dazu kommt, dass proportional mit der Einwanderung der Rassismus zunimmt. Für eine wirkungsvolle Naturschutzpolitik führt kein Weg an der Begrenzung der Einwanderung vorbei. Denn die Schweiz wächst nicht mit. Gibt es für Pro Natura gar keine Begrenzung der Einwohnerzahl? Ist alles machbar mit weniger Raumanspruch und bescheideneren Lebensansprüchen? Schön naiv, das Leben läuft anders.

Hermann Neff, Gais

Naturkatastrophe Mensch



Einst lebte der Mensch nicht zahllos in Massen, hat praktisch keinen Müll hinterlassen.

Dann wurde der Homo erectus geboren, den Status als Saubermann hat er verloren.

Zu Anfang auf Erden ein seltener Gast, versinkt er als Schwein nun im eigenen Morast.

Bomben zu Hauf und Atomgranaten, liegen herum in den Schurkenstaaten.

Endlager im Opalinuston, die Gemeinden erhalten den «Judaslohn».

Sofern man den Müll im Boden verlockt, und die Strahlungssuppe in Ewigkeit kocht.

Die Natur reagiert mit Tsunamis und Beben, lässt AKWs aus der Verankerung heben.

Land und Bewohner gehen zur Sau, Japan erwartet den Supergau. Alles wird schliesslich verseucht und verstrahlt, die Rechnung bleibt offen und unbezahlt.

Für Mammon Geld nimmt man alles in Kauf, die Umweltzerstörung, sie nimmt ihren Lauf.

Jetzt hat sich der Homo dermassen vermehrt, dass alle Recourcen bald aufgezehrt.

Er kann dem Planeten mitnichten entrinnen, kann höchstens noch kurzfristig Zeit gewinnen.

Bis es überall brennt und lodert und kracht, dass der Teufel selbst sich ins Fäustchen lacht.

Endloses Wachstum, globales Streben, das soll paradisische Zustände geben.

Entgegen wirkt diesen heroischen Zielen, die grosse Masse der Allzuvielen.

Sie kommen wie Ratten aus Süden und Osten und wollen bei uns die Glückseligkeit posten.

Grenzenlos kann der Fortschritt nie werden, diesen verhindern die Massen auf Erden.

Armand Peytrignet

Sawiris Imperium in der Krise!

Das riesige Andermatt Bauprojekt des ägyptischen Promoters Samih Sawiris mit unzähligen Hotels und Ferienwohnungen steckt in der Krise. Ohne Zweifel hat die Revolution in Ägypten diesem sehr zugesetzt. Zu allem Elend ist noch ein Rechtsstreit zwischen den

Zweitwohnungskäufern und der Gemeinde Andermatt um die Höhe der zu bezahlenden Gebühren ausgebrochen. Auch unter den Einheimischen, die zu Beginn Feuer und Flamme für das Projekt waren, weil sie Gold rochen, ist die Stimmung gekippt.

Zu viele Schafe!



Wenn ein Wolf ein Schaf reisst, so entsteht sofort ein grosses öffentliches Gejammer, obschon der Besitzer dafür entschädigt wird. Es gibt aber nicht nur zu viele Menschen in der Schweiz, sondern auch zu viele Schafe. Durch ihren Frass setzen sie der Grasnarbe stark zu, besonders in den Alpen!

Slow Food macht Schule

Jedes Kind weiss wie Cola schmeckt. Aber kennt es den Geschmack von frisch zubereiteter Himbeerkonfitüre oder von Tee aus Alpenkräutern? Der Geschmackssinn lässt uns auch kleinste Geschmacksunterschiede etwa zwischen verschiedenen Apfelsorten erkennen. Er ist Basis, um Speisen und Getränke geniessen zu können. Der Geschmackssinn des Menschen verarmt jedoch zusehens, weil industriell hergestellte Nahrungsmittel oft mit diversen Zusatzstoffen «gleichgeschaltet» werden.

Slow Food will das Bewusstsein für die Feinheiten von Nahrungsmitteln speziell von Kindern schärfen und ihnen sinnliche Erlebnisse er-

möglichen. Slow Food arbeitet deshalb mit verschiedenen Schulen zusammen. Die Kinder lernen etwa, wie aus Milch Käse wird oder was es braucht, um feine Nudeln herzustellen. Bei Biobauern der Umgebung kaufen sie die Rohstoffe für die Speisen ein, die sie unter kundiger Anleitung selber zubereiten und ihren Eltern an einen Abendessen oder einem Markt präsentieren. Ganz nebenbei erfahren sie etwas über die Bedeutung regional und handwerklich hergestellter Lebensmittel. Und: je früher die Kinder lernen, was ihnen schmeckt, desto leichter fällt es ihnen, auf fette und süsse Speisen zu verzichten.

Stiftung Slow Food Schweiz

Heimatschutz und erneuerbare Energien im Gleichgewicht

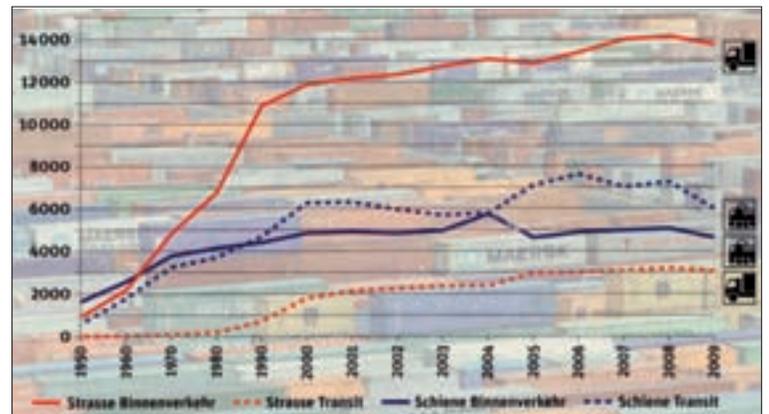
Die Katastrophe von Fukushima hat gravierende Konsequenzen. Menschen starben. Die Böden sind radioaktiv auf lange Zeit verseucht. Zehntausende von Menschen müssen umgesiedelt werden. Die Konsequenzen heissen: Energie sparen, Energie effizienter nutzen und erneuerbare Energien massiv fördern.

Zu Recht werden deshalb auch Solaranlagen zur Strom- und Wassergewinnung gefordert. Die Schweiz hat diesbezüglich ein grosses Potenzial. Gleichzeitig wird jedoch eine unnötige Polemik gegen die

Umwelt-, Natur- und Heimatschutzverbände losgetreten: Es kann nicht angehen, in der Schweiz flächendeckende Windkraftanlagen zu bauen, die letzten unversehrten Bergtäler für neue Wasserkraftwerke zu fluten oder die Landwirtschaftsfläche für den Anbau von Biodiesel freizugeben und auf sämtlichen Dächern Solaranlagen zu platzieren. Gefordert sind sorgfältige Lösungen im Spannungsfeld von Baukultur und Energie.

*Adrian Schmid,
Schweizer Heimatschutz*

Ungenügende Verlagerung des Verkehrs am Gotthard



(Aus: Litra)

Gentech-Raps in Lugano entdeckt

Auf einem Bahndamm in Lugano ist im Sommer wilder Gentech-Raps gewachsen, wie das Bundesamt für Umwelt (Bau) mitteilte. Entdeckt wurden die Pflanzen im Rahmen eines neuen Monitoring-systems. Ausser in Lugano fand das Bafu Spuren gentechnisch veränderter Pflanzen auch ausserhalb der Laboratorien der Universitäten Basel, Lausanne und Zürich. Bis

Ende November 2013 gilt in der Schweiz ein Moratorium für den Anbau genmanipulierter Pflanzen; ihre Freisetzung ist verboten. Die Schweizerische Arbeitsgruppe Gentechnologie nannte die festgestellten Pflanzen ein «Alarm-signal». Sie forderte eine Neu-evaluierung der Sicherheitsmassnahmen.

SDA

Folgen von Fukushima

Bei japanischen Kindern wurden nach der Atomkatastrophe Unregelmässigkeiten festgestellt. Knapp sieben Monate nach der Atomkatastrophe seien 130 Mädchen und Jungen bis 16 Jahre aus der Umgebung des havarierten Kernkraftwerks auf ihre Schilddrüsenfunktion untersucht worden. Zehn von ihnen wiesen veränderte Hormonwerte auf. «Wir können derzeit nicht sagen, dass die Kinder krank sind. Aber sie müssen über einen längeren Zeitraum beobachtet werden», sagte ein Spre-

cher der Tschernobyl-Stiftung. Diese hatte die Untersuchungen zusammen mit der Shinshu-Uniklinik organisiert. Nach einem Atomunfall besteht die Gefahr, dass sich freigesetztes radioaktives Jod in der Schilddrüse anreichert. Dort kann es schwere Krankheiten wie Krebs auslösen. Aus dem von Erdbeben und Tsunami am 11. März beschädigten AKW Fukushima Daiichi entweicht weiter Radioaktivität, wenngleich erheblich weniger als zu Beginn der Katastrophe. *SDA*

**Regst Du Dich über die vielen Ausländer im Land auf? – Dann musst Du etwas dagegen tun!
SD-Volksinitiative für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung – Ausländerabbau.
Jetzt Unterschriften sammeln!**

Nach den Wahlen 2011 – Rückschau und Ausblick



Valentin
J. Oehen,
e. Nationalrat,
Köniz

«Es schleckts keine Geiss weg» – die Wahlen vom 23. Oktober 2011 waren für die Schweizer Demokraten (SD) desaströs. Im Gezerre und Gezänke zwischen rechts (SVP und FDP) und links (SPS und Links-Grüne) und dem Geplärre um eine neue Mitte (CVP, BDP und Grünliberale) vermochte unsere Partei trotz aufbauender politischer Zielsetzungen keine sachgerichtete Diskussion in der Öffentlichkeit zu entfachen. Und wenn eine Partei weder gerühmt noch angeschossen wird, ist sie im Bewusstsein der Wählerschaft schlicht inexistent. Genau das ist den Schweizer Demokraten passiert.

Politik findet nicht im luftleeren Raum statt; also müssen die Vertreter unserer Partei kontinuierlich dafür sorgen, dass man im Gespräch bleibt. Dazu ist es nötig, unbequeme Wahrheiten und entsprechende politische Forderungen auf allen Ebenen (Gemeinden, Kantone und Bund) nachdrücklich zu wiederholen und durch adäquate publikumswirksame Aktionen zu untermauern.

Wer Angst hat, deswegen angegriffen zu werden, soll bestimmten Tätigkeiten im Dienste der Partei hinter den Kulissen nachgehen.

Konkrete Forderungen, die sich aus unseren langjährigen Programmen ergeben:

Der Verfasser dieses Aufsatzes hat in einem Brief am 19. Februar 2007 an die Geschäftsleitung Folgendes ausgeführt (Zitat):

1. **Das Dauerwachstum der Wirtschaft und der Bevölkerung führt in eine wirtschaftliche, ökologische und politische Katastrophe.**

Wir fordern:

- einen neuen Konjunkturartikel, der ein dynamisches Gleichgewicht anstrebt;
- eine Bevölkerungspolitik, die sich langfristig an der Tragfähigkeit des eigenen Territoriums ausrichtet;

- eine Energiepolitik (ohne Kernkraftwerke!), die sich auf die effektiv vorhandene Verfügbarkeit erneuerbarer Energien abstützt.

Der Grundsatz, dass jederzeit jede von der Wirtschaft gewünschte Menge Energie zu günstigen Preisen zur Verfügung stehen müsse, ist zu Gunsten der ökologischen Forderungen und langfristigen Versorgungsmöglichkeiten aufzugeben.

2. Eine leistungsfähige Landwirtschaft und eine potente Verteidigungsarmee auf dem Hintergrund der strikten Neutralität sind Garanten für das politische Überleben der Schweiz.

Wir fordern:

- Stopp der ruinösen Landwirtschaftspolitik;
- Der Verschleiss von Kulturland ist rigoros zu stoppen. Eine blühende Bauwirtschaft bedeutet unter den heutigen Rahmenbedingungen eine rasend schnelle Vernichtung der eigenen Lebensgrundlagen.
- Stopp dem Abbau der Verteidigungsfähigkeit unseres Landes. Eine neue Militärdoktrin unter der Leitung überzeugter Patrioten ist zu entwickeln.
- Die integrale, bewaffnete Neutralität ist konsequent umzusetzen. Der Bundesrat und insbesondere das EDA sind auf eine entsprechende Politik zu verpflichten.

Das alles sind Forderungen, die **Sprengstoff** enthalten. Folgende politische Schlagworte sind daraus abzuleiten:

- **Stopp dem Wirtschaftswachstum! Arbeitslosigkeit ist nicht durch Wachstum zu bekämpfen! Nutzt das vorhandene Humankapital!**
- **Stopp dem unnötigen Wohnungsbau – es ist reine Verschleuderung unserer Landressourcen!**
- **Schluss mit dem Sabotieren des Ausstieges aus der Kernkraft durch Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum!?**
- **Fort mit den Wachstumsidioten aus allen Regierungsämtern!**
- **Schluss mit dem Papiergeldsystem (fiat Money); Schulden**



kann man nicht mit neuen Schulden bekämpfen. Inflation (auch 2%) ist Diebstahl am Volke.

- **Wir wollen die integrale Neutralität! Keine Auslandsinsätze von Angehörigen unserer Armee! Keine Liebedienerei gegenüber der NATO und anderen Imperialisten!**
- **Harte Haltung gegenüber den Grossmächten, die andauernd Rechtsgrundsätze verletzen und denen es offensichtlich um die Auspowerung unseres Finanzplatzes geht!**
- **Schluss mit der Kellner-Mentalität im Verkehr mit den Grossbanken bzw. der Hochfinanz!**

Die Namensfrage

Die seinerzeitige Firmierung «Nationale Aktion» war den Internationalisten stets ein Dorn im Auge und Anlass zu Gifteleien. Die Schweizer sind aber ganz klar eine Nation – **eine Willensnation** – und müssen für den **Sonderfall Schweiz** andauernd kämpfen.

Kämpfen aber heisst agieren

Der frühere Parteiname entsprach perfekt unserer Situation und unserer Aufgabe. **Deshalb stellt sich heute mit aller Schärfe die dringende Frage, ob nicht der «brave» Name «Schweizer Demokraten» wieder durch den Ursprungsnamen «Nationale Aktion» ausgetauscht werden müsste.**

Unsere Zeitung würde dann wieder zur «Volk und Heimat» (französisch: peuple et patrie) mutieren. Wenn wir deshalb einige Hundert lauwarmer Anhänger verlieren würden – was solls? Dafür könnten wir einige Tausend wirkliche Patrioten

wieder als aktive Mitglieder gewinnen, die heute in der Ofenecke schmollen.

Voraussehbare Folgen der Einwanderungspolitik!

Abgesehen von der zunehmenden Enge als Folge der unvernünftigen Bevölkerungszunahme und dem wirtschaftlichen Wachstum – der massiv steigenden Infrastrukturkosten im Versorgungs- und Verkehrsbereich – haben wir

- mit der Veränderung des Volkscharakters,
- mit der ansteigenden Kriminalität durch Einwanderer mit bescheidenem IQ und uns fremden Wertesystemen,
- mit psychischen Störungen und mit der Auspowerung der Sozialwerke zu rechnen.

Als logische Konsequenz sind die folgenden Forderungen zu formulieren:

- Stopp der unkontrollierten Einwanderung – also Ausstieg aus den Verträgen mit der EU;
- Härtere Strafen für kriminelle Taten von Ausländern, auch von Secondos;
- Landesverweis für Ausländer, als Zusatzstrafe auch für **kleinkriminelle** Vergehen und für den Missbrauch der Sozialwerke.

Ein Appell an die «Gutmenschen»!

Das «Gutsein» ist erstrebenswert – es muss jedoch im staatspolitischen und gesellschaftspolitischen Bereich auch von einer Portion nationalem Egoismus begleitet sein, sonst kommen wir unter die Räder! Diese Lehre ist aus den Ergebnissen der letzten Wahlen und den sichtbaren Entwicklungen zwingend zu ziehen!

Am 11. März 2012 – JA zur Initiative «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen»!

Der Kommentar danach:

Nationalbankaffäre und der falsche Überbringer!

Nationalbankchef Philipp Hildebrand stand in unserem Lande wegen Devisenspekulationen (seiner Frau?) im Brennpunkt des Geschehens. Doch weshalb geschah eigentlich lange nicht viel, obwohl Handlungsbedarf bestanden hätte. Es ist ziemlich offensichtlich. Die Nationalbankaffäre wäre anders verlaufen, wenn sie nicht vom «falschen Überbringer» publik gemacht worden wäre. Denn sobald Journalisten und Politiker den Namen Christoph Blocher hören, zieht ein Gejaule durchs Land. Und dann darf alles, was er sagt, schlicht nicht sein! Selbstverständlich gebe ich zu, dass wir Christoph Blocher auch schon zu Recht wegen diesem und jenem kritisiert haben. Aber wo er Recht hat, hat er Recht. **Ein Nationalbankchef und dessen engste Umgebung darf nicht mit ausländischen Devisen spekulieren.** Wenn nun also Blocher von fragwürdigem Verhalten oder Tun erfährt, dann ist es seine Pflicht, die zuständigen Instanzen zu informieren. Und was tun die? – Sie beginnen mit Vertuschen. Ausgerechnet die SP mit Micheline Calmy-Rey handelte als erste Mitteilungsempfängerin auf solche



Philipp Hildebrand

Weise. Auch SP-Nationalrätin Hildgard Fässler gab ein Interview dazu. **Wenn man die diversen SP-Reaktionen auffaddert, ist es offenbar beim Nationalbankchef und seiner Familie «erlaubt», mit fremden Währungen zu spekulieren.** War nicht die SP einst – und heute gibt sie es noch immer vor – die selbst ernannte Partei gegen das Spekulantentum?

Aber auch bei den Bürgerlichen sah es nicht viel anders aus. Hansueli Raggenbass (CVP, Bankratspräsident) – wie SVP-Blocher und

SP-Fässler ehemalige Nationalratskollegen von mir – hätte eigentlich mit seinem Bankrat die Oberaufsicht über die Nationalbank und demzufolge auch über deren Chef. **Aber da wurde in alter CVP-Tradition nur verwedelt und verwischt.** Ich kenne diese Akteure so gut, dass ich sie so einschätzen kann. Und die gutbürgerliche «NZZ» fuhr einmal mehr einen «Larifari»-Mittelkurs. Verschiedenste bürgerliche Politiker aller Couleur mischten mit teilweise äusserst unverbindlichen Kommentaren und «Ja abers» mit. Und selbstverständlich nutzte Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf noch die Gunst der Stunde, um der SVP in der «Arena» eins aufs Dach zu hauen. Rache ist süß – mit der Sache hatte das aber überhaupt nichts zu tun! Nur eines ist klar: **Einzig weil diese Informationen von einem SVP-Politiker stammen, durfte man in unserem Lande offenbar nicht den Rücktritt des Nationalbankchefs fordern!**

Wer allerdings die kritischen Kommentare im Ausland zur Kenntnis nahm, hätte schnell zum Schluss kommen müssen, dass in manch anderem Lande ein solcher Natio-

nalbankpräsident sein Amt sofort verlieren würde.

Einmal mehr wurde das Ansehen unseres Landes beschädigt! So sauber ist unser (National)Bankenplatz Schweiz offenbar nicht. Mein Fazit daraus:

Vermutlich wäre es gescheiter gewesen, der ursprüngliche Informant hätte seine Informationen einem bekannten SP- oder Grünen-Politiker übergeben. Dann hätte es wohl innert 24 Stunden gerauscht im Blätterwald, weil so die Informantenherkunft dem «richtigen Lager» hätte zugeordnet werden können! Für uns Schweizer Demokraten war aber immer klar, dass dieser Nationalbankchef damit untragbar ist! Hansueli Raggenbass (CVP) und Jean Studer (SP), die Spitze des Aufsichtsgremiums der Nationalbank, haben sich ebenfalls lasch und unglaubwürdig verhalten. Sie gehören nun ebenfalls schnellstens ersetzt!

Rudolf Keller, e. Nationalrat, SD-Zentralpräsident, Frenkendorf

Gewalt ist auch bei der Polizei kein Berufsrisiko

(pd) **Polizistinnen und Polizisten werden bei ihrer Arbeit immer mehr Opfer von Gewalt. Egal ob Kriminelle, gewalttätige Demonstranten, Hooligans, betrunkene Randalierer oder einfach schlecht gelaunte Mitmenschen – immer öfter landen Polizistinnen und Polizisten nach einem Einsatz im Spital.**

Bereits im November 2009 hat der Verband Schweizerischer Polizei-Beamter (VSPB) die Petition «Stopp der Gewalt gegen die Polizei» eingereicht. Damit hat er auf den inakzeptablen Missstand hingewiesen und die politische Diskussion lanciert. Gut zwei Jahre und zahlreiche Übergriffe später, fordert der VSPB endlich Taten statt Diskussionen. Aus diesem Grund lanciert der Verband heute die schweizweite Sensibilisierungskampagne **Stopp der Gewalt gegen Polizisten/innen**. «Auch wenn wir während unserer täglichen Arbeit eine Uniform tragen, so sind wir in erster Linie Menschen, haben Fa-

milien und Kinder sowie Sorgen und Ängste», sagte Jean-Marc Widmer, Vizepräsident des VSPB, anlässlich der Medienkonferenz in Bern.

Erst letzte Woche wurde in Trélex bei Nyon ein Polizist, während einer Verkehrskontrolle, schwer verletzt. Als der Fahrer die Polizei sah, verlangsamte er sein Tempo. Daraufhin trat der Polizist in die Mitte der Strasse und signalisierte dem Autolenker anzuhalten. Doch der drehte völlig durch und anstatt zu bremsen, beschleunigte er und raste absichtlich auf den 59-jährigen Polizisten zu. Dieser hatte grosses Glück und brach sich dabei «nur» beide Beine. «Für mich ist das ein Mordversuch», betonte Jean-Marc Widmer, als er verschiedene Fälle von Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten in Erinnerung rief: «Gewalt ist aber nicht nur physisch. Oft werden unsere Kolleginnen und Kollegen beleidigt oder bespuckt. Auch die psychische Gewalt hinterlässt markante Spuren.»

Gewalt trifft nicht die Uniform, sondern den Menschen

Bei der Sensibilisierungskampagne **Stopp der Gewalt gegen Polizisten/innen** steht nicht die Polizei als Institution, sondern der Polizist und die Polizistin im Mittelpunkt. Die Plakate zeigen eine verletzte Person in Uniform. «Damit wollen wir verdeutlichen, dass die Gewalt, welche sich ja in der Regel nur gegen die Uniform richtet, immer eine Person trifft», betont Widmer. Weiter wurde ein Flyer mit den wichtigsten Forderungen des VSPB und der European Confederation of Police (EuroCOP) erstellt. Von EuroCOP ist auch der Solidaritätspin, der europaweit für Kampagnen rund um das Thema Gewalt gegen die Polizei verwendet wird. Die schwarz-blaue Schleife ist das Symbol für die Solidarität mit Polizistinnen und Polizisten, die Opfer von Gewalt geworden sind. Um der Bevölkerung die Sensibilisie-

rungskampagne vorzustellen wurden in Winterthur, Lausanne und Lugano Standaktionen durchgeführt. Die Plakate und Flyer werden in den Polizeiposten sowie bei verschiedenen Behörden und Partnern aufgehängt.

Polizeidirektoren unterstützen das Vorhaben des VSPB

«Wenn der VSPB mit Aktionstagen wie dem heutigen auf diese Entwicklungen aufmerksam macht und die Öffentlichkeit aufrüttelt, Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten nicht als Kavaliere- oder Bagatelldelikte zu betrachten, so hat er in diesem Anliegen meine grösste Sympathie und meine ungeteilte Unterstützung», sagt Karin Keller-Sutter, Sicherheitsdirektorin des Kantons St. Gallen und Präsidentin der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren KKJPD. Die Individualisierung, die «Spassgesellschaft» und die Erwartung, auch im öffentlichen Raum jederzeit tun und lassen zu können, wie es einem beliebt, würden tradi-

Kriminelle Ausländer ausschaffen – rassistisch?

Fortsetzung Seite 8

Gewalt ist auch bei der Polizei...

Fortsetzung von Seite 7

tionelle Werte in den Hintergrund treten lassen. «Ich habe den Eindruck, dass die Respektlosigkeiten gegenüber den Polizeikräften die gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen sogar noch «überholt» haben», stellt sie klar. Darum hat der Vorstand der KKJPD bereits vor einem Jahr die Stossrichtung der Petition des VSPB ausdrücklich unterstützt. Weiter befürwortet die KKJPD auch die beiden bevorstehenden Revisionen des Strafgesetzbuches. Einerseits die Änderung des Sanktionenrechts im Allgemeinen Teil. Darin ist vorgesehen, kurze Freiheitsstrafen wieder einzuführen. Andererseits sollen die Straffrahmen im Besonderen Teil harmonisiert werden.

Zahlen sprechen für sich

Die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik sprechen eine deutliche Sprache: Waren im Jahr 2000 schweizweit noch 774 Verstösse gegen Art. 285 StGB (Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte) erfasst, stieg diese Zahl in den Jahren 2008 bis 2010 auf über 2000 Fälle an, mit einem Höchststand 2009 bei 2350 (2010: 2258 Fälle). Auch die rechtskräftigen Verurteilungen wegen Verstössen gegen Art. 285 StGB sind im gleichen Zeitraum von rund 600 auf über 1400 bei Erwachsenen angestiegen, bei den Jugendstrafurteilen von 34 auf 148. Aus diesem Grund hat der VSPB im November 2009 die Petition «Stopp der Gewalt gegen die Polizei» beim Bundesrat und dem Parlament eingereicht. Diese fordert: Die Wiedereinführung von kurzen unbedingten Freiheits-

strafen, die Erhöhung der Mindeststrafe bei Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte sowie die Verdoppelung des Strafmasses bei Rückfällen, wie in der französischen Gesetzgebung.

Politik in der Pflicht

Die politischen Behörden der Schweiz haben bereits erste Schritte in die richtige Richtung getan: So hat der Nationalrat im Oktober 2010, mit 114 zu 62 Stimmen, die Petition an die Rechtskommission des Nationalrates zur Behandlung zurückgewiesen, nachdem diese für Nichteintreten plädiert hatte.

Im Oktober 2010 wurde die Vernehmlassung zur Änderung im Sanktionsrecht des StGB (Wiedereinführung der kurzen Haftstrafen) lanciert und im Dezember 2010 wurde die Vernehmlassung zur Harmo-

nisierung im StGB (härtere Strafen im Artikel 285 Abs. 2 – Gewalt und Drohung gegen Beamte) lanciert. Angesichts der laufenden Vernehmlassungen wurde die Petition «Stopp der Gewalt gegen die Polizei» vorerst noch nicht weiter behandelt.

Im September 2011 hat Bundesrätin Simonetta Sommaruga anlässlich eines Auftritts in Luzern bestätigt, dass der Bericht des Bundesrates zur Vernehmlassung 1 (Wiedereinführung der kurzen Haftstrafen) kurz vor dem Abschluss stehe. «Wir anerkennen, dass die Politikerinnen und Politiker auf dem richtigen Weg sind. Aber das reicht uns noch nicht. Es müssen endlich Taten folgen», sagt Widmer und fügt hinzu: «Der Verband Schweizerischer Polizeibeamter weigert sich, Gewalt als Berufsrisiko zu betrachten.»

Verband Schweiz. Polizei-Beamter

Übervölkerung und Überfremdung

In der Schweiz hat die Bevölkerung infolge Einwanderung alleine in den letzten fünf Jahren um 382'000 Personen zugenommen. Diese Zahl entspricht der Einwohnerzahl der Stadt Zürich. Inzwischen leben beinahe 8 Millionen Menschen in unserem Land. Gemäss Bundesamt für Statistik betrug die ausländische Wohnbevölkerung im Jahre 1990 rund 1,1 Millionen Personen. Im Jahre 2010 zählte man bereits 1,76 Millionen Ausländer in der Schweiz. Dazu muss man noch die Einbürgerungen berücksichtigen. Wiederum ist dem BFS zu entnehmen, dass von 1992 bis 2009 insgesamt 534'798 Personen eingebürgert worden sind. Interessant ist auch die Einbürgerungsentwicklung. 1992 erhielten 10'203 Personen den Schweizer Pass, so freuten sich im Jahr 2009 bereits 44'948 Personen über das «neue» Schweizer Bürgerrecht.

Bei all den erschreckenden Überfremdungs- und Übervölkerungszahlen träumen Wachstumsfanatiker bereits von 10 Millionen Einwoh-

nern in unserem Land. Ohne Rücksicht auf deren Folgen und Auswirkungen für unser kleines Land. Denken wir nur an den ruinösen Landverschleiss, an den zunehmenden Strassenverkehr und an den steigenden Energieverbrauch.

Aufruf zum Strom sparen

Einen Grossaufruf lancierte Bundesrätin Doris Leuthard am 25. Oktober 2011 in der Coop-Zeitung unter dem Titel: «Seid sparsam mit Strom.» Darauf schrieb ich einen Leserbrief mit der Frage: «Was unternimmt Bundesrätin Leuthard gegen die überbordende Einwanderung?» All die Ausländer, die immer in grösserer Zahl in unser Land strömen, konsumieren auch Strom. Coop druckte meinen Leserbrief nicht ab. Dies aus begrifflichen Gründen.

Wir alle sind uns und der kommenden Generation verpflichtet, Sorge zu unserem Land zu tragen. Dazu gehört es auch, die Masseneinwanderung zu stoppen.

Kurt Koller, Lichtensteig

Die SVP und Zweitwohnungsbau

Am 11. März stimmen wir über die Volksinitiative von Franz Weber mit dem Titel «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen» ab. Die SVP-Fraktion in der Bundesversammlung hat diese Initiative natürlich abgelehnt.

Die SVP zeigt damit einmal mehr ihr fragwürdiges und zweideutiges Gesicht. Einerseits gibt sie vor, gegen den Zuzug von Ausländern zu sein. Andererseits kämpft diese SVP für massives Wachstum, das nur mit mehr Einwanderung bewerkstelligt werden kann.

Denn wer dafür ist, dass weiterhin schrankenlos Zweitwohnungen gebaut werden können, leistet so auch der weiteren Einwanderung und Verbetonierung unseres Landes Vorschub.

Zudem richtet sich diese Initiative gegen den Verkauf von Liegenschaften an steinreiche Ausländer in den Ferienregionen, aber auch entlang der schönsten Schweizer Seen. Wir wissen, dass diese Bauerei die Mieten

für Wohnungen und die Preise für Hauskäufe in die Höhe drückt. Wer leidet denn unter dieser masslosen Bauerei? – Es sind wir Einheimischen mit kleinem und mittlerem Portemonnaie und die Rentnerinnen und Rentner, da wir genau deswegen immer mehr bezahlen müssen! Der SVP scheint also das «Gschäftlimachen» und die Verbetonierung unseres Landes wichtiger zu sein, als das Wohlergehen breiter schweizerischer Volkskreise.

Wir Schweizer Demokraten rufen im Gegensatz zur SVP alle dazu auf, die Volksinitiative «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen» mit einem kräftigen JA zu unterstützen.

Diese Volksinitiative schliesst nahtlos an unsere NA- und SD-Bestrebungen gegen den Ausverkauf der Heimat an!

SD-Redaktion

Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen

Bezirk Baden und Umgebung: Stamm im Hotel «Winkelried», Landstr. 36, Wettingen. Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr.

Fricktal: Stamm im Rest. «Weisses Rössli» in Eiken. Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr.



SD Stadt Bern: Höck (Vorstandssitzung, Gäste sind stets eingeladen!) im Restaurant «Jäger», Murtenstr. 221, Bern-Bethlehem. Postauto

Nr. 101, Haltestelle Untermattweg (von dort ca. 1 Min. zu Fuss). Oder Tram Nr. 8 Richtung Brünnen-Westside, Haltestelle Säge (von dort ca. 5 Min. zu Fuss). Jeden letzten Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr.

Berner Oberland: Höck im Hotel «Milan» in Ringgenberg. Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr.



Winterthur und Umgebung: Höck im Restaurant «Blume», Wülflingerstrasse 236. Jeden 1. Freitag im Monat ab 20 Uhr

(bei einem Feiertag eine Woche später).



Kantonalsektion St. Gallen: Stamm am 23. Februar ab 19.30 Uhr im Restaurant «Dufour» am östlichen Ende des St. Galler Hauptbahnhofs. Weitere Infos über Telefon 079 639 06 07, abends.



Luzern-Innerschweiz: Höck im Bistro «Spatz», Obergrundstrasse 103, Lu-

zern. Jeweils am letzten Mittwoch im Monat ab 20 Uhr (ausser im August und Dezember). Es ist immer jemand da! Bus-Nr. 1, 11, 20 ab Luzern Bahnhof bis Haltestelle Eichhof.

jsd-nordwestschweiz.ch: Immer am 1. Montag des Monats Stamm ab 20 Uhr. Jetzt **neu in der «Sportbar»** an der Rheinstrasse 4 in Liestal. Wir sind alles Junge!

Weitere Anlässe bitte melden an: info@sd-marktplatz.ch

**Kanton Zürich****Bau- und Zonenordnung rechtzeitig revidieren!**

Die Bau- und Zonenordnung (BZO) der Stadt Zürich wurde letztmals 1992 total revidiert. Damals stand ein sorgsamer Umgang mit Zürichs Stadtbild im Vordergrund. Wir Schweizer Demokraten schafften es, den Schutz der noch vorhandenen Grüngelände durchzusetzen. Der 17. Mai 1992 war ein denkwürdiger Tag. Das Zürcher Volk stimmte der neuen Bau- und Zonenordnung zu. Doch dann trat die Immobilienlobby in Aktion. Mit unzähligen Rekursen blockierte sie die BZO so lange, bis sich der Kanton einmischte und der Stadt eigenmächtig eine andere BZO aufzwang, die den Profitgelüsten der Immobilienbranche entgegenkam.

Grünflächen zur Zerstörung freigegeben!

Viele Grüngelände, welche das Volk 1992 erhalten wollte, sind seither zubetoniert und damit unwiederbringlich zerstört worden. In den letzten Jahren zeigt sich immer deutlicher, dass die geltende BZO viel zu grosse Überbauungsreserven enthält. Unter dem enormen Zuwanderungsdruck der letzten Jahre hat Zürichs Einwohnerzahl um ca. 30'000 zugenommen. Mit den bereits fix geplanten weiteren Bauvorhaben (Zollfreilager, Manegg, Zürich-West etc.) werden

sich in der Stadt Zürich schon bald mehr als 400'000 Menschen buchstäblich auf den Füßen herumtrampeln. Unser Verkehrssystem stösst an seine Grenzen. Die öffentlichen Verkehrsmittel sind immer öfter überfüllt, auf den Strassen herrscht Stau. Viele bestehende Wohnsiedlungen sind so eingezont, dass noch höher und noch dichter gebaut werden darf. Dies hat zur Folge, dass die Grundeigentümer immer mehr «Ersatzneubauten» planen. Im Klartext heisst das, dass

massenhaft günstige Wohnungen abgebrochen

werden. In den Neubauten gibt es zwar mehr, aber vor allem auch teurere Wohnungen. Die angestammte Mieterschaft wird verdrängt, Zuzüger aus aller Welt ziehen ein. Deren grosse Zahl bewirkt, dass auch die letzten Wiesen noch zubetoniert werden. Die zusammenhängenden Grüngelände am Stadtrand, z.B. in Affoltern, werden in rasantem Tempo zerstört. Weil den Behörden in Bern trotz allen schädlichen Folgen (Übervölkerung, Zersiedelung, Wohnungsnot, Lohndrückerei) der Mut fehlt, die EU-Personenfreizügigkeit endlich aufzukündigen, wird der Zuwanderungsdruck immer



stärker. Zürich kann sich dagegen nur mit einer modernen, die Übernutzung des Bodens stoppenden BZO wehren. Darum heisst es:

Jetzt handeln, sonst kommt alles zu spät!

Eine Totalrevision der BZO dauert etliche Jahre. Es bleibt nur noch wenig Zeit, um die letzten Grüngelände auf Dauer zu schützen und die günstigen Wohnungen so einzuzonen, dass sich Massenabbrüche nicht mehr lohnen. Darum haben wir Schweizer Demokraten im Gemeinderat einen Vorstoss zur

Totalrevision der BZO eingereicht. Unser Ziel ist, die Einwohnerzahl der Stadt Zürich bei ca. 400'000 zu stabilisieren und damit die Lebensqualität der Zürcherinnen und Zürcher auf längere Sicht zu erhalten. Auch Sie können mithelfen, diesem Anliegen zum Durchbruch zu verhelfen, indem Sie sich an die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Ihres Quartiers wenden und diese auffordern, unseren Vorstoss zu unterstützen. Vielleicht braucht es auch noch eine Volksinitiative – wir zählen auf Sie!

SD Stadt Zürich

Votum von Gemeinderat Christoph Spiess: Sofort aufhören mit dem Abbruch günstiger Wohnungen!

(Sinngemässe Zusammenfassung eines frei gehaltenen Votums)

Das Postulat der Grünen, mit dem ein Bericht über die Auswirkungen von Ersatzneubauten auf den Wohnungsmarkt gefordert wird, tönt gut. Solange allerdings immer mehr Leute in die Stadt kommen, wird der Druck hin zur Verdichtung immer grösser. Da hat der Vorredner von der SVP an sich recht. Wenn er allerdings argumentiert, dass die Grünen mit der Verkehrsberuhigung von Quartieren selbst für deren Aufwertung und damit für hohe Mieten sorgen, wirkt dies auch nicht gerade ehrlich. Seine Partei ist ja sonst immer für möglichst hohe Profite für die Vermieter.

Ende 2010 haben wir mit einem Postulat gefordert, dass die Stadt mit dem Abbruch ganzer Siedlungen mit günstigen Wohnungen

aufhört und auch bei den Genossenschaften ihren Einfluss geltend macht, damit diese damit aufhören. Leider mussten wir das Postulat bis zur Unkenntlichkeit verwässern, um eine Mehrheit dafür zu bekommen. Noch immer herrscht die Meinung vor, man müsse immer noch mehr Wohnungen haben. Dabei brauchen die Zürcherinnen und Zürcher nicht mehr, sondern bezahlbare Wohnungen. Wir sagen Ja zum Postulat. Der Stadtrat soll seinen Bericht schreiben. Nützen wird er nicht viel – bis dann sind wieder hunderte von Wohnungen abgerissen. Wichtiger wäre, die Abbruchwelle sofort zu stoppen!

SD 
Schweizer Demokraten

Votum von Gemeinderat Christoph Spiess: NEIN zum Jahresbericht der Asylorganisation Zürich (AOZ)

(Sinngemässe Wiedergabe eines frei gehaltenen Votums)

SVP-Sprecher Bruno Amacker hat zu Recht bemerkt, dass der Jahresbericht der AOZ dieses Jahr etwas zurückhaltender formuliert ist. Die Verfasser verlangen nicht mehr so unverblümt, dass wir uns halt auch ein wenig den Asylanten anpassen sollen. Es bleibt aber dabei, die AOZ macht viel mehr als sie von Gesetzes wegen müsste. Das macht Zürich für Asylanten noch attraktiver als es dies als Grossstadt in einem florierenden Land sonst schon ist. Das Asylwesen ist ja ohnehin ein aufgezwungenes Ärgernis. Heutzutage muss niemand in die Schweiz fliehen, anders als 1940 oder vielleicht noch 1956. Weit herum gibt es nirgends einen Staat, wo irgendjemand politisch verfolgt wird. Wir haben es hier ganz einfach mit einem neuen, von Süden nach

Norden gerichteten Kolonialismus zu tun – die südlichen, namentlich die afrikanischen Länder exportieren ihren Bevölkerungsüberschuss, statt ihre Bevölkerungsentwicklung besser zu kontrollieren. Mit «Flüchtlings» hat das alles rein gar nichts zu tun, und es werden denn auch konstant um die 90% der Gesuche abgelehnt. Nur ist man dann so dumm und behält doch fast alle hier. Man verwaltet mit viel Aufwand abgewiesene Asylanten statt diese sofort und resolut heimzuführen. Demzufolge kommen immer neue ins Land, denn so etwas spricht sich schnell herum. Wir Schweizer Demokraten sind deshalb ganz grundsätzlich gegen das Asylwesen, es gehört schlicht abgeschafft. Unser NEIN soll das klar zum Ausdruck bringen, auch wenn uns bewusst ist, dass die Stadt einsteilen tun muss, was ihr das Asylgesetz vorschreibt.

Votum von Gemeinderat Patrick Blöchliger zum SD-Postulat gegen Dispensationen vom Schul- und Schwimmunterricht aus «religiösen» Gründen

Immer wieder gibt es Konflikte zwischen den Schulbehörden, die im Interesse der jungen Menschen das Schulobligatorium durchsetzen müssen, und Eltern, die aus irgendwelchen Gründen das Gefühl haben, für ihre Sprösslinge eine Sonderstellung verlangen zu können. Einen besonderen Brennpunkt bildet dabei der obligatorische Schwimmunterricht. Was für uns Einheimische völlig normal ist, stört fanatische Anhänger des Islam, die leider hierzulande wegen der falschen Migrationspolitik immer häufiger anzutreffen sind. Sie stossen sich daran, dass ihre Töchter zusammen mit anderen Jugendlichen eine «Badi» benutzen oder ihre Söhne dort Mädchen in Badekleidern oder gar Bikinis sehen. Neben diesen Schwimmbad-Problemen gibt es noch weitere Reibungsflächen. Im Klassenlager oder auf einer Exkursion z.B. könnte die Verpflegung nicht dem entsprechen, was der liebe Gott an-



geblich verlangt. Da werden dann allerlei «Extrawürste» gefordert, vom Schwimm- bis zum Lagerdis-

pens und eines Tages vielleicht auch bis zum Gebetsteppich im Klassenzimmer. Leider gehen viele Schulbehörden auf solche Sonderwünsche ein. Sobald die Religion ins Spiel gebracht wird, lassen sie sich schachmatt setzen. Zum Glück hat vor einiger Zeit das Bundesgericht klargestellt, dass die Religionsfreiheit kein Freipass zur Umgehung staatsbürgerlicher Pflichten ist. Der obligatorische Schwimmunterricht z.B. kann nicht mit absurden Begründungen umgangen werden, bei denen schleierhaft bleibt, was sie überhaupt mit dem Glauben an Allah oder sonst einen Gott zu tun haben könnten.

In der Stadt Zürich wird allerdings noch heute grosszügig auf solche Forderungen von Zuwanderern aus fremden Kulturkreisen eingegangen. Das ist umso problematischer, als es in unserer Stadt eine Vielzahl ethnischer und religiöser Minderheiten gibt, die alle ihre Sonderwünsche anbringen könnten und es zum Teil auch schon fleissig tun. Schweizer Politiker sprechen viel und gern von «Integration». Diese wird aber wesent-

lich erschwert, wenn fremde Kulturen und Religionen als Grund zur Umgehung gesetzlicher Pflichten wie z.B. der Schulpflicht akzeptiert werden. Das ist nicht zuletzt auch eine Frage der Rechtsgleichheit. Oder kann ich etwa eine Religionsgemeinschaft gründen, welche den Umgang mit Zahlen strikte verbietet, was dann logischerweise zur Folge hat, dass ich keine Steuern mehr bezahlen darf?

Grundrechte wie die Religionsfreiheit sind eine wichtige Grundlage unseres freiheitlich-demokratischen Staates. Aber auch sie müssen ihre Grenzen haben. Gerade weil sie so bedeutsam sind, muss ihr Missbrauch zu sachfremden Zwecken gestoppt werden. Dazu gehört im konkreten Fall, dass Dispensationen vom Schulunterricht (einschliesslich Schwimmunterricht, Klassen- und Sportlager usw.) nur noch ganz ausnahmsweise gewährt werden, zum Beispiel wenn ein hoher Feiertag nach unserem Kalender auf einen Schultag fällt.

Das Postulat wurde leider mit 89 gegen 27 Stimmen abgelehnt.

Unbegründete Krisenangst

Viele Stunden lang hat der Zürcher Gemeinderat über dem Budget für das kommende Jahr gebrütet. Rund 270 Änderungsanträge blieben fast durchwegs wirkungslos. Auch die beiden Vorschläge von uns Schweizer Demokraten teilten dieses Schicksal. Der Rat war nicht bereit, die Unterstützung für Berggemeinden wenigstens gleich hoch anzusetzen wie die Entwicklungshilfe im fernen Ausland. Er wollte auch den Verkauf von Land ausserhalb der Stadtgrenzen nicht stoppen, obwohl die Stadt damit der fortschreitenden Verbetonierung des Grossraumes Zürich Vorschub leistet. Trotzdem ergibt sich ein erfreuliches Fazit:

Die Finanzlage der Stadt ist gesund!

Das Budget ist in etwa ausgeglichen. Die Schulden halten sich in vernünftigen Grenzen. Allerdings sind auch einige Missstände zu kritisieren. Wir Schweizer Demokraten wollen faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen für die «Städtischen». Diese kommen aber in Gefahr, wenn die Verwaltung weiter so aufgebläht wird wie bisher. Letztes Jahr hat das Parlament zwei SD-Postulaten zur Stabilisierung des Personalbestandes und des Informatik-Aufwandes zugestimmt. Leider müssen wir feststellen, dass in dieser Hinsicht al-

les weitergeht wie bisher. 2012 werden wiederum 250 zusätzliche Stellen geschaffen, und die EDV-Kosten wachsen ungebremst weiter. Der Stadtrat rechtfertigt dies damit, dass ja auch die Stadt wachse. Dies mag zumindest teilweise eine taugliche Erklärung sein. Damit wird aber auch klar erkennbar, dass die stadträtliche Wachstumspolitik schon rein finanziell betrachtet bestenfalls ein Nullsummenspiel ist. Zwar fliessen die Steuern reichlicher, doch fallen auch enorme Kosten an, weil die ganze Infrastruktur (Schulen, Strassen, öffentliche Verkehrsmittel usw.) ständig ausgebaut werden muss. Hinzu kommen die nachteiligen Auswirkungen für die Lebensqualität (Übervölkerung, Verkehrschaos usw.).

Keine Angst vor dem starken Franken!

Manche Politiker reden ständig von der Krise, in der wir uns angeblich befinden. Auch der Stadtrat befürchtet schädliche Auswirkungen des Euro-Zerfalls und des starken Frankens für die Zürcher Stadtkasse. Wer die Augen offenhält, wird sich allerdings fragen: «Wo ist sie denn, die Krise?» Masseneinwanderung, Bauboom, übersetzte Mieten und Liegenschaftspreise sind doch typische Anzei-

chen einer wirtschaftlichen Überhitzung! Natürlich ist zu hoffen, dass Merkel & Co. endlich aufhören, vermissen an den faktisch gescheiterten Fehlkonstruktionen «Euro» und «EU» festzuhalten, statt diese z.B. per Ende 2012 geordnet aufzulösen. Wir Schweizer brauchen deswegen keine Angst zu haben. Gerade der starke Franken ist ein verlässlicher Beweis für die ungebrochene Stärke unseres Lan-

des – seien wir doch stolz darauf! Einige Teilbereiche der Wirtschaft haben vorübergehend Schwierigkeiten, doch andere laufen umso besser. Wir Schweizer Demokraten sind zuversichtlich und vertrauen auf ein künftiges Europa unabhängiger, vom Brüsseler (und Berliner) Diktat befreiter Nationalstaaten.

Christoph Spiess, Gemeinderat, 2. Zentralvizepräsident

Postulat Kinderbetreuung

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie Eltern, die ihre Kinder subventioniert in Tagesstätten betreuen lassen könnten, darauf aber verzichten und ihre Kinder selbst betreuen, im Umfang der nicht beanspruchten Subventionen finanziell (z.B. durch Ausrichtung eines Betreuungsgeldes) entlastet werden können.

Begründung:

In der Stadt Zürich kommen Eltern, die ihre Kinder in Krippen, Horten usw. fremdbetreuen lassen, bis zu einem recht hohen Einkommensniveau in den Genuss von Subventionen in der Form verbilligter Tarife. Eltern, die bewusst darauf verzichten, ihre Kinder in Tagesstätten betreuen zu lassen, sind demgegenüber benachteiligt.

Sie nehmen unter Umständen erhebliche Einkommenseinbussen und einen entsprechend bescheideneren Lebensstandard in Kauf, um ihren Kindern ein ständig verfügbares Zuhause im Familienkreis zu bieten. Die je nach gelebtem Familienmodell ungleiche Behandlung von Eltern verstösst gegen das verfassungsrechtliche Gebot der Rechtsgleichheit und muss aufhören. Es soll deshalb geprüft werden, wie selbstbetreuende Eltern, die ihre Kinder subventioniert ausserfamiliär betreuen lassen könnten, entsprechend dem Umfang der nicht beanspruchten Subventionen finanziell entlastet werden können.

Patrick Blöchliger, Gemeinderat, Christoph Spiess, Gemeinderat

Die Ökologie des Dättnauer Tals wird leiden...

Geologie

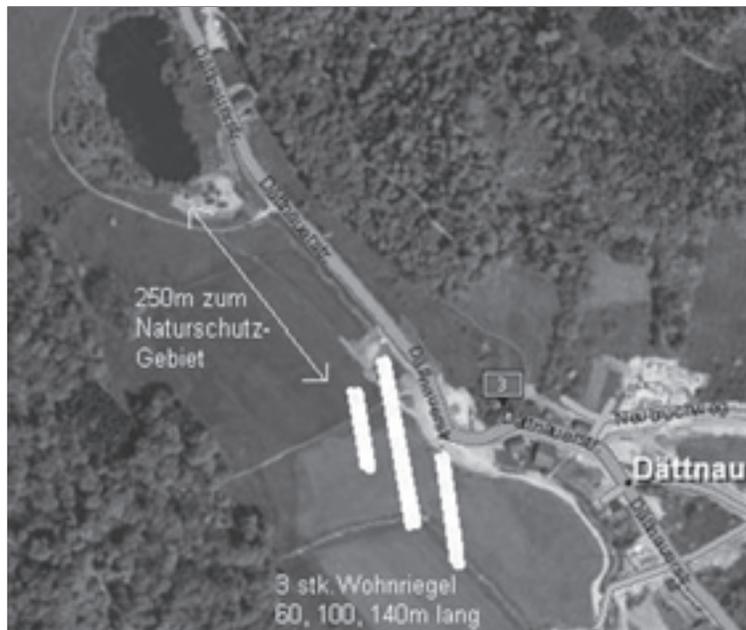
In der letzten Eiszeit vor etwa 18'000 Jahren entstand beim Rückzug der Gletscher das Dättnauer Tal. Durch das abfliessende Schmelzwasser bildete sich ein etwa 170 Meter tiefes Tal. Nach vollständigem Rückzug des Gletschers wurde dieses Tal zum Trockengebiet. Das zurückgebliebene Moränenmaterial an den Hängen rutschte nach und nach ab und füllte das Tal wiederum um rund 50 Meter auf. Davon bildete sich ein grosser Teil als Lehmschicht aus. Durch Funde von fossilen Baumresten konnte nachgewiesen werden, dass sich in tausender Jahresepochen bewaldete Folgen von Birken-, Föhren- und letztens Buchenmischwäldern ablösten.

Geschichte

Die Vermutung deutet darauf hin, dass bereits im 6. Jahrhundert die Alemannen im Dättnauer Tal sesshaft wurden und damals den ersten Hof erbauten. In der Römerzeit soll sich bereits der Fussweg nach Brütten mit dem Dättnauer Fahrweg gekreuzt haben. Anhand von Überlieferungen lebte ein Ritter namens Peter von Dättnau in einer Weiherburg nahe dieser Kreuzung. Neben der Burg soll es damals noch zwei Bauernhöfe gegeben haben, welche in späteren Jahren dem Kloster Töss angehörten. Das Kloster Töss (heute Rieter Winterthur) wurde in den Jahren ab 1233 erbaut und hatte Bestand bis zum Beginn der Reformation im Jahr 1525, als dieses aufgehoben wurde. Töss war damals noch eine eigenständige Gemeinde und diese übernahm das Gebiet und erliess damals ein Bauverbot, welches bis zum Einmarsch von Napoleon im Jahre 1798 Gültigkeit hatte. Gemäss eines Lexikons von 1902 gab es im Dättnau 11 Häuser, in denen 69 Einwohner lebten.

Industrialisierung

Ausschlaggebend für die Errichtung einer damals noch mit Dampf betriebenen Ziegelei durch die Familie Keller-Liechti im Jahr 1896 war der hohe Lehmgehalt im Boden des Dättnauer Tals. In der Folge wurde die Ziegelei laufend weiterentwickelt und ausgebaut. In der damaligen Zeit wurden Wohnungen gebaut, wo es Arbeit gab und demzufolge entstanden im Dättnau die ersten Arbeiterwohnungen. Ich erinnerte mich noch an die Zeit, als im Dättnauer Tal Lehm aus dem Boden gewonnen und zu Ziegeln und Backsteinen gebrannt wurde. Irgendwann in den 60er- bis 70er-Jahren wurde dann die Ziegelei im Dättnau stillgelegt, wobei man nun den Lehm mit Lastwagen nach



Pfungen in die modernere Ziegelei der Firma Keller AG transportierte. Nachdem sämtlicher Lehm in dieser Talsohle ausgebeutet war, wurde es eine Zeit lang still im Dättnau.

Weitere Entwicklung

An der Dättnauerstrasse entstanden die ersten Reiheneinfamilienhäuser zu erschwinglichen Preisen. Weitere Häuser wurden im dazugehörigen Laubegg und Hündler erstellt, so entwickelte sich das Quartier Dättnau. Auch im Gebiet Steig baute Rieter für die Angestellten Wohnbauten im Stil von sogenannten Plattenbauten. Diese sind heute grösstenteils bewohnt von Familien mit Migrationswurzeln. Die rasante Entwicklung forderte den Bau von drei Kindergärten und einem Primarschulhaus, obwohl dieses schon kurz nach der Einweihung im Jahre 2001 zu klein war. Es musste erweitert werden. Zum Besuch der Oberstufe müssen die Schüler in das weiter entfernte Schulhaus Rosenau im Eichliackerquartier in Töss.

Die Erschliessung mit den öffentlichen Verkehrsmitteln erfolgte im Jahr 1993 durch eine Buslinie der Verkehrsbetriebe Winterthur, heute Stadtbuss genannt. Doch musste diese Linie in den folgenden Jahren erweitert werden, da sich das Siedlungsgebiet weiter in das Tal ausweitete.

Rasanter Bauboom

Es wurden weitere Bauten entlang der Dättnauerstrasse erstellt, grösstenteils Einfamilienhäuser. Der Südhang ist in den letzten zehn Jahren durch Terrassenhäuser, ähnlich aufeinander geschichteter Schuh-schachteln, verunziert worden. Sogenannte Investoren, wohl eher Spekulanten, haben hier um des Gel-

des willen gewirkt. Heute zählt das Dättnau gut 2800 Einwohner und es besitzt weder Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Gebrauch noch ein Restaurant.

Geplante «Wohnriegel» mitten im Grünen empören die Dättnauer

So lautet die Titelseite des «Landboten» (Winterthurer Tageszeitung) vom 20. Mai 2011. In diesem Artikel wurde berichtet, was die Anwohner im Dättnau über die geplante Überbauung entsetzt, welche nicht im Siedlungsgebiet entstehen solle, sondern mitten in der Natur. Es wurde bekannt, dass inmitten von Landwirtschafts-, Naherholungs- und Freihaltezone noch eine Bauzone besteht, welche das Stadtparlament im Jahre 2000 mit nur zwei Gegenstimmen bewilligte. Der Projektwettbewerb stammt aus dem Jahr 1996 und dieser solle nun zum Zuge kommen. Die Bauvisiere wurden vergangene Woche aufgestellt und verkünden das Megabauwerk in der Masse von drei Wohnblöcken von 140, 100 und 60 Metern Länge und 12 Metern Höhe. Es sollen 82 Wohneinheiten und zusätzliche Mansardenzimmer gebaut werden. Zudem weist das Projekt eine Tiefgarage für 57 Fahrzeuge und 29 offene Parkplätze aus.

Wohnen statt Wandern

Im weiteren Artikel ist diese Schlagzeile «Wohnen statt wandern» zu lesen. Der Grund liegt darin, dass der Dättnauer Bach erst vor kurzer Zeit renaturiert wurde und 4,5 Mio. Franken kostete. Auch der in gleicher Zeit erstellte Wanderweg führt über das besagte Gelände und wird bereits im Jahr 2012 den Baumaschinen zum Opfer fallen. Ein besorgter Bürger äussert sich über die Politik und Re-

gierung: «Erst werde mit grossem Pipapo der neue Wanderweg eingeweiht und gleich wieder darüber gebaut.» Er könne nur hoffen, dass der Wanderweg verlegt und nicht ganz verschwinden werde. Meine Anmerkung: Der Steuerzahler wird ein weiteres Mal zur Kasse gebeten. (Diese beiden Artikel gaben mir den Input für den kommenden O-Ton.)

Die Naturschützer sind machtlos

In einem weiteren Artikel im Landboten vom 9. Juli 2011 werden die Befürchtungen vom Naturschützer Jakob Forster wieder gegeben. Er befürchtet, dass die Folgen der Grossüberbauung das ökologische Gleichgewicht des nahe liegenden geschützten Weihers stören. Auch er könne aber nichts dagegen tun, denn im Kanton Zürich dürfe unmittelbar neben Naturschutzgebieten gebaut werden. Nur 250 Meter Landwirtschaftsfläche liegen zwischen den geplanten Wohnriegeln und dem geschützten Weiher. Der Druck auf die Pflanzen- und Tierwelt wird unweigerlich durch die Aktivitäten von den Personen der neuen Überbauung zunehmen. Jakob Forster fordert nördlich der Bauten Büsche und Bäume als Sichtschutz sowie eine Buntbrache, welche sich selbst entwickeln sollte. Ob dieser Forderung nachgekommen wird, zeigt die nahe Zukunft.

Veröffentlichter Beitrag

Veröffentlichter Beitrag unter dem Titel: «Erst wenn Täler, Wald und Hügel – bis zum letzten Rasenziegel, betoniert und umgegraben, wird der Geldmensch Ruhe haben.»

So wird anscheinend auch im Dättnauer Tal, im Westen des heutigen Siedlungsgebietes, dieses SD-Sprichwort Gültigkeit haben. Es sollen drei grosse Wohnkasernen und eine Tiefgarage mit 57 Einstellplätzen und 29 offenen Parkplätzen auf grüner Wiese gebaut werden. Somit kann davon ausgegangen werden, dass in Zukunft mindestens 86 zusätzliche Autos in diesem Gebiet zirkulieren werden. Autos und Motorräder erzeugen bekanntlich Emissionen, so auch Lärm, welcher auf die dort wohnenden Personen einwirken wird. Zu erwähnen ist auch der Verkehr von Baumaschinen, Lastwagen und Autos der Handwerker während der Bauerei. Auch wird der Verkehr sicher zusätzlich die Weiler Furt, Aeschau, Weihertal und Wieshof belasten. Soviel kann man zu diesem gewaltigen Eingriff in das Naturreservat sagen.

Die Ökologie des Dättnauer Tals...*Fortsetzung von Seite 11***Auszeichnung für Winterthur**

Ein unaufhaltsames Verbetonieren und Verschwenden der Ressource Boden zeichnet die Stadt Winterthur aus. Weitere grosse Verbauungen sind geplant in Gotzenwil, im Vogel-sang, wo die Pünten⁽¹⁾ demnächst weichen müssen, wie in absehbarer Zeit auch beim Zentrum Rosenberg, wo rund 200 Pünten zubetoniert werden sollen. Viel Freizeit- und Naherholungsgebiete werden laufend zerstört und die Lebensbedingungen für Menschen, Tiere und Umwelt weiter drastisch verschlechtert. Ich frage mich, wann wird Winterthur mit Zürich zusammenge-wachsen sein? Wann ist die Schweiz nur noch eine Stadt vom Genfer- bis zum Bodensee? Wie kann die Versorgung und Entsorgung gewährleistet werden?

Abwasserreinigung und Energiebedarf

So wurde zum Beispiel im «Landboten» vom 20. März 2008 verkündet, «Kläranlage Hard an der Leistungsgrenze». In diesem Artikel war zu lesen, dass grosse Investitionen anste-

hen. Es seien einzelne Klärstufen an der Leistungsgrenze und gewisse Anlageteile würden teilweise über der Kapazitätsgrenze betrieben. Für mich ist das eigentlich keine neue Erkenntnis bei diesem Bevölkerungswachstum von rund 20'000 Einwohnern seit dem letzten Ausbau. Auf die Winterthurer Steuerzahler werden noch gewaltige Kosten zukommen, sei dies durch Investitionen, Kapitalisierungskosten oder Gebühren. Im Weiteren gebe ich zu bedenken, welche zusätzliche elektrische wie fossile Energie benötigt wird, um dieses gewaltige Wachstum zu ver- und entsorgen. Die Stilllegung von AKW lässt auf sich warten.

Finanzen kontra Natur

Eines ist sicher, Profiteure sind nur die Finanzjongleure und Kapitalisten. Bauleute werden früher oder später auf der Strasse stehen, dann nämlich, wenn es kein Flecken Boden mehr hat. Für Menschen, Tiere, Umwelt und Biodiversität sind die Grenzen des Wachstums längst überschritten.

*(1) Pünten = Gemüse-, Blumen-, Schrebergarten**Marcel Stutz, Gemeinderat, Winterthur***Aargauische Volksinitiative
«Bezahlbare Pflege für alle»****SD Aargau unterstützen Volksbegehren der SP Aargau**

Die Schweizer Demokraten SD des Kantons Aargau unterstützen die kürzlich von der SP Aargau lancierte Volksinitiative «Bezahlbare Pflege für alle». Es ist nach Meinung der SD Aargau sozialpolitisch unverantwortlich, wenn pflegebedürftige Personen sich an den Spitex-Kosten von jährlich rund 6000 Franken beteiligen sollen.

Das Gesundheitswesen ist krank und liegt auf der Intensivstation. Der Steuerzahler wird durch die stetig wachsenden Pflegekosten in den Spitälern immer mehr zur Kasse gebeten. Viele Mitbürgerinnen und Mitbürger müssen sich nach der Decke strecken, krank und hospitalisiert werden dürfen diese Menschen sowieso nicht, denn die gewaltigen Ge-

sundheitskosten können sie kaum – oder gar nicht mehr – entrichten. Es ist bewiesen, dass die pflegerische und therapeutische Betreuung eines Patienten im Familien- und Bekanntenkreis zur raschen Gesundung beitragen kann. Nach Auffassung der SD Aargau macht die Medizin ein Viertel aus, der gesunde Menschenverstand aber drei Viertel. Die Gesundheit kommt von Herzen und der kleine Kreis zu Hause ist für die Genesung eines Patienten fruchtbar. Es ist daher nicht akzeptabel, dass Patientinnen und Patienten, welche zu Hause im vertrauten Kreis gepflegt werden, mit horrenden Kosten belastet werden.

René Kunz, Grossrat, Präsident SD Aargau, Reinach**Kanton Bern****Weg mit dem EU-Wappen****Motion Stadtrat Robert Meyer: Weg mit dem EU-Wappen an den Ortseingängen Berns – wir wollen keine fremden Hoheitszeichen.**

Nach wie vor stehen an den Ortseingängen Berns die blauen Tafeln mit dem Schriftzug «Gemeinde Europas» und dem EU-Wappen. Das seinerzeitige Anbringen dieser Tafeln wurde etwas spitzfindig damit begründet, die Schweiz und damit auch Bern seien ja Mitglied des Europarates. Beim blauen Wappen mit den 12 goldenen Sternen handelt es sich jedoch nach heutiger Verwendungszusage und nach heutigem Volksempfinden nicht um ein Wappen Europas allgemein, sondern um das Hoheitszeichen der supranationalen Organisation «Europäische Union». Während niemand bestreitet, dass Bern in Europa liegt, ist ebenso klar, dass die Schweiz und Bern nicht zur Europäischen Union gehören.

Das hoheitliche Wappen einer fremden supranationalen Organisation mit (zwar verheimlichtem, aber offensichtlichem) Ziel der Bundesstaatlichkeit stellt eine Provokation der freiheitsliebenden Bevölkerung Berns dar und ist ein Angriff auf die Souveränität der Schweiz.

In Zeiten, in denen – die Fehlkonstruktion Euro schön-geredet wird,

- die «reichen» Länder schlechtem Geld gutes hinterherwerfen,
- die EU von einem Rettungsschirm von 750 Milliarden Euro schwafelt, die gar nicht vorhanden sind,
- angebliche «reiche», aber de facto genauso überschuldete Staaten wie Deutschland sich grossartig zu Rettern der total maroden Schuldenländer aufspielen,
- die Schlussrechnungen der ganzen Übung letztlich bei den kleinen Leuten landen wird, sei es durch Inflation, sei es durch Steuerrechnungen,
- die EU die de-facto-Staatsbankrotte vieler ihrer Mitgliedsländer nicht anerkennen will und lediglich mit ihrem unnützen Rettungswahn Zeit gewinnen will,
- und sie das ganze Schlamassel dann noch als Begründung für noch mehr Zentralisierung sprich Eigenstaatlichkeit heranzieht, in solchen Zeiten täten wir gut daran, der EU nicht nur nicht beizutreten, sondern uns aktiv gegen sie zu stellen, d.h. unter anderem auch EU-Symbole zu entfernen.

Ich fordere daher den Gemeinderat auf, die blauen Tafeln mit dem EU-Wappen und dem Text «Gemeinde Europas» an den Ortseingängen Berns zu entfernen.

Solidarität mit Bettwil – Stopp der Einwanderung von unechten Wirtschaftsflüchtlingen!**Kanton Aargau****Asylpolitik wird immer absurder****Die Hilflosigkeit der Aargauer Regierung! – Sind die Verantwortlichen noch regierungstauglich?**

Die Schweizer Demokraten SD des Kantons Aargau sind entsetzt, wie hilflos, um nicht zu sagen völlig überfordert unsere Regierenden auf Kantons- und Bundesebene in Sachen Asylwesen handeln. Da wird vom Bund und Kanton Aargau ein kleines Dorf (Bettwil, 560 Einwohner) «auserkoren», 140 Asylanten (später «grosszügig» auf nur noch 100 reduziert) aufzunehmen. Erst nachdem sich der Gemeinderat Bettwil und die Bettwiler Bevölkerung vehement gegen eine solche Verücktheit gewehrt haben und erfreulicherweise Unterstützung aus vielen weiteren Kreisen erhalten haben, hat der Kanton angefangen zu überlegen und kam zu folgendem Schluss (wörtlich zitiert aus dem Communiqué der Regierung): «Militäranlage Bettwil kann nicht in beabsichtigter Form als Asylunterkunft des Bundes genutzt werden.» Aus der Begründung zitiert: «Der Ausbau der Militäranlage in Bettwil zur Asylanten-Unterkunft sei erstens bewilligungspflichtig und zweitens nicht bewilligungsfähig (!!!).»

Die SD Aargau sind empört über diesen neuesten Beweis von Hilflosig-



keit unserer Regierung in Sachen Asylwesen. Da erfolgt Hals über Kopf ein Vorschlag, der einen riesigen Aufwand an Zeit und Kosten nach sich zieht und erst danach wird überlegt und festgestellt, dass der Vorschlag gar nicht durchführbar ist. Da muss man sich unwillkürlich fragen, ob die Verantwortlichen für diesen Leerlauf noch regierungstauglich sind.

Die SD Aargau fordern den Regierungsrat ein weiteres Mal auf – in Zusammenarbeit mit eidgenössischen Behörden – endlich geschlossene und zentral geführte Sammelunterkünfte einzurichten (Jaunpass, Gotthardfestungen usw.).

René Kunz, Grossrat, Präsident SD Aargau, Reinach



Le recul de l'UDC prefigure-t-il le retour des DS?

Même si le recul relatif de l'UDC aux dernières élections fédérales ne s'est pas traduit par une remontée significative du pourcentage de notre parti, force est de constater que les déçus de l'UDC (SVP) le sont d'abord par la cruelle indigence du programme social de ce parti. En effet, bon nombre d'électeurs n'auraient pas désafecté leur formation si les propositions sociales avaient été satisfaites. Ce qui n'est pas le cas. Cette exigence, ils l'ont cherchée et il l'ont trouvée... auprès du PS, alors que notre parti aurait dû la leur fournir. Quand nous comprendrons que le patriotisme seul ne suffit plus aujourd'hui s'il n'est pas étayé par des objectifs sociaux suffisamment solides et crédibles pour convaincre les électeurs qui se sont détournés de notre parti, de renoncer aux sirènes socialistes et de nous faire nouveau confiance, alors nous pourrions réellement nous remettre à espérer. Il ne faut pas non plus négliger l'aspect sociologique et ethnique de l'électorat d'aujourd'hui. On ne naturalise pas impunément 45'000 personnes par année – 5 fois plus que l'Allemagne (94'000 en 2010) sans modifier le tissu électoral de ce pays. Il n'est que de constater le nombre élevé de naturalisés inscrits au Parti socialiste, figurant sur des listes électorales et finalement élus aux seins des Conseils communaux, cantonaux, nationaux pour s'en convaincre, si besoin était... Il est patent que le phénomène ne recouvre heureusement pas uniformément l'ensemble du territoire. Déplorons que la Suisse romande, le canton de Vaud en particulier, est la plus concernée par le travail de sappe de nos adversaires les plus acharnés et de son corollaire: une excréation doublée d'une érosion de plus en plus irrémédiable de nos valeurs et de notre identité. Le canton de Vaud: 750'000 habitants dont 30% d'étrangers + 70'000 naturalisés = 40% d'habitants d'origine étrangère! Dans 50 ans minimum, les suisses (vaudois compris) auront complètement disparu de ce canton!



Beau résultat. Un phénomène unique au monde! Quant à l'infortuné canton de Genève, cela est pratiquement fait: 2% de genevois aujourd'hui! PATHETIQUE!

Comment redresser une situation aussi désespérée? D'abord, faire abolir (comme cela est autorisé) la libre circulation des personnes (constatons à cet égard que depuis l'introduction de cette perversion, l'augmentation de la population étrangère a été supérieure à ce qu'elle était au début des années 60! A l'époque de la surchauffe, la Suisse avait atteint le chiffre démentiel de 900'000 immigrés: 16,8% de la population totale. C'était en 1970, date de la première initiative Schwarzenbach!... 46% de OUI!

Désormais, il faut impérativement faire signer notre initiative «pour une stabilisation de la population totale». Ensuite, il faut satisfaire à un travail de propagande sur le terrain, même et surtout de manière individuelle, et de prospection afin de reconstituer rapidement les effectifs suite aux défections et disparitions survenues ces dernières années au sein de nos sections.

Nous ne pensons pas que des accommodements avec des partis qui ne partagent pas nos objectifs soient la meilleure façon d'envisager des apparentements futurs. Nous devons également déplorer au sein de notre section quelques divergences fondamentales sérieuses,

dont l'une a nécessité, en pleine campagne électorale, l'exclusion du président en exercice pour des propos parfaitement indignes et rhédebitoraires tenus à la Radio Suisse romande le 28 septembre dernier et dont le but était de porter le discrédit sur notre parti! Ceci explique en partie le score médiocre réalisé, malgré une tentative désespérée de dernière minute de redresser la barre et la réalisation d'une affiche réussie qui a frappé les électeurs et les journalistes et dont on parle encore aujourd'hui.

En outre, nous ne pensons pas qu'il était indiqué de présenter une liste aux élections cantonales sur mois de mars 2012, car nous manquions de candidats. Et nous persistons à croire que le cadre des

élections fédérales est le plus approprié à dessein de présenter et de proposer nos idées et notre programme. Il n'y en a pas d'autre à ce niveau. Nous restons néanmoins conscients de la nécessité de soutenir, malgré les difficultés, notre cher parti et de trouver les voies nouvelles qui nous permettront de reconquérir notre électorat perdu. Les situations économiques bancales; financières drastiques et politiques aléatoires extérieures (puis intérieures) nous permettront, il faut l'espérer, d'y parvenir plus vite que nous ne le pensons.

C'est dans cette perspective que nous allons continuer à nous y employer.

*Pierre-Maurice Vernay,
secrétaire du DS Vaud, Remaufens*

Carouge: le scandale des parachutes dorés

Le MCG dénonce une nouvelle magouille

1707 électeurs carougeois ont demandé un référendum contre les parachutes dorés, en novembre dernier.

Le PLR de Carouge veut tuer le débat et se réserve, à sa guise, de reprendre les travaux sur ces parachutes dorés offerts aux conseillers administratifs non réélus.

Ce soir, le Conseil municipal carougeois va voter une proposition des radicaux et libéraux carougeois qui demandent l'annulation pure et simple du référendum. C'est d'autant plus curieux que les intéressés ont défendu avec acharnement l'indemnité de 73'100 francs aux deux conseillers administratifs radical et libéral qui n'ont pas été réélus au printemps 2011. On est d'autant plus surpris que cette mesure a été proposée par un... socialiste.

Les Partis radical et libéral indiquent, dans leur résolution, qu'ils se réservent d'y revenir. Cela signifie qu'ils se moquent des 1707 per-

sonnes qui ont signé ce référendum, puisque ces partis prévoient d'échapper à une votation qui leur serait défavorable et d'imposer plus tard ces parachutes dorés. C'est se moquer de la démocratie!

Nous voyons dans ce procédé de la lâcheté, ce qui n'est pas tolérable. Et quand on écoute les libéraux et radicaux de Carouge prétendre avoir bien géré les affaires de Carouge, on reste abasourdis. Avec eux, ça a plutôt été la valse des millions...

Par ailleurs, nous sommes tout autant surpris de la générosité très tardive, et qui vient à point, de leurs ex-magistrats qui sont prêts à offrir leur indemnité à une œuvre caritative alors qu'ils criaient misère il y a peu, à en croire leurs supporters et partisans. Les effets bénéfiques du référendum MCG sont sans doute passés par là.

*Eric Stauffer, président du MCG
Sandro Pistis, président de
la section Carouge du MCG*

Leserbriefe

Die unabhängige schweizerische Tageszeitung

Der Tagesanzeiger nennt sich selber auf der Titelseite «**die unabhängige schweizerische Tageszeitung**». Die Qualifikation «unabhängig» ist nirgends geschützt, jeder darf das behaupten. Es gibt wohl bei uns in der Schweiz nur ein paar ganz wenige, meist kleinere Zeitungen bzw. Zeitschriften, die wirklich unabhängig sind und es sich daher erlauben können, auch Leserbriefe zu veröffentlichen, die nicht auf der eigenen Propagandaschiene liegen. Der Tagesanzeiger gehört ganz sicher nicht dazu. Zum Thema Grundrechte und «Volksrecht ist absolutes Recht» lässt er seine Propagandamaschinerie ohne die viel gerühmte journalistische Ausgewogenheit von Meinungen laufen. Man denke nicht, Leserbriefe in den grossen Tageszeitungen verursachten keine Resonanz. Sie sind ein raffinierter Teil dieser Propagandamaschinerie und ideal versteckt steuerbar! Steter Tropfen höhlt den Stein; und ebenso beeinflussen wiederkehrende Behauptungen und moralische Angriffe das Denken der Bürger.

Die Strategien sind offensichtlich: Moralische Diskriminierung der Volksrechte, – subtil dosierte Kastration der Demokratie!

Herr Wolfgang Marx, Zürich, schreibt im Leserforum TA vom 7. Oktober 2011 unter anderem:

«Eine durch keine übergeordneten und unveräusserlichen Rechte eingeschränkte und also schrankenlos willkürliche Herrschaft ist Tyrannei, da spielt es keine Rolle, ob der Tyrann ein Duodezfürst, ein Putschgeneral oder eben das Schweizervolk ist!»

Das Schweizervolk, das es laut einem anderen Leserbriefschreiber nicht gibt, wird da der möglichen Tyrannei unter Gleichstellung mit Duodezfürsten oder Putschgeneralen bezichtigt...

Wie wenn Staatswillkür mit den gewalttätigen Auswüchsen wie Folter, «Todesstrafen» usw. von der Demokratie als solches, oder im Speziellen unseres «erfunden» worden wäre...

Damit entlarvt sich die Strategie hinter der Propagandamaschinerie Tagesanzeiger & Co. von selbst; Die Demokratie soll soweit diskreditiert werden, dass man sie mit ihrem Gegenteil verwechselt. Die Neoeidgenossen nächster Generationen mit schwindenden genetischen Verbindungen zum stammesgeschichtlichen Ursprung unserer demokratischen Zivilisation sollen durch eine penetrante Gehirnwäsche paralytisch und eingeschläfert werden, damit sie eines Tages nicht einmal mehr realisieren, dass sie von einer Gemeinschaft freier Bürger zu einem modernisierten und globalisierten Sklavenmarkt mutiert wurden. Die neofaschistische Psychoinfiltration kommt eben nicht kriegerisch lärmend von aussen, da würden doch zu viele Schläfer aufgeweckt; die Gefahr kommt auf dem internen Schleichweg der Demokratie selbst, ein mit dem Mäntelchen «Rechtsstaat» getarntes Virus. Da ist nicht viel Demokratie auf dieser Welt; dem aufmüpfigen Rest davon im Herzen Europas müsste doch der virale Garaus gemacht werden können!?

Alexander Steinacher

Welche Partei bringt unserer Bevölkerung die meisten Vorteile?

Welche Partei bringt unserer Bevölkerung die meisten Vorteile oder gar Nachteile. Eine klare Antwort ist praktisch unmöglich!

Es hat Parteien, die auf Ökologie «abfahren» und nicht bedenken, was dies unserem Wirtschaftsstandort antun könnte (was bringen die paar % gegenüber den Dreckschleudern wie China, USA und die Ostländer?!).

Andere sind für mehr soziale Gerechtigkeit, sie meinen es sicher gut, jedoch gerade diese sich sozial Nennenden erlaubten beispielsweise

seiner Zentralwäscherei im Kanton Basel-Stadt Kleinstlöhne im Namen des Wettbewerbs zu kürzen («danke» Frau Schaller). Wer schliesst Postzentren, Regionalbahnhöfe, nicht etwa die Rechte, sondern «linke» Exponenten. Sie vergessen, dass unkontrolliertes Einwandern die Löhne verkleinert, die Mieten verteuert und durch eine Kuscheljustiz die Sicherheit unserer Mitbürger gefährdet. Zusätzlich müssten wir mehr Energie haben, die KKW werden aber abgelehnt, das heisst wir werden Ener-

gie aus dem Ausland beanspruchen, wo die KKW weniger sicher sind und wir uns in eine Abhängigkeit begeben; das Schlimmste jedoch ist die Idee eines Beitritts zur maroden, freiheitsfeindlichen EU! Adieu tiefe Mehrwertsteuer, Sicherheit, Unabhängigkeit und vor allem allgemeiner Wohlstand; möchten einen Armeeabbau oder gar deren Einsatz im Ausland, also eine Entfernung von unserer bewährten Neutralität.

Wieder andere sind für Industrie und Handel, «ewiges» Wachstum, leicht hat man das Gefühl – den Letzten beißen die Hunde – einige der Parteien haben teilweise widersprüchliche Aussagen: Beispielsweise nennen sie sich christlich, befürworteten jedoch mit einer «Rechten» den (nun dritten) Abbau der IV-Leistungen (seit 01.01.2009 bis zu Fr. 684.– weniger pro Monat für verheiratete IV-Bezüger), bei Leuten die ihre Gesundheit ruiniert haben für Bessersituierte, nur weil ein äusserst kleiner Prozentsatz (teilweise Ausländer) «schmarotzt». Einerseits gesellt sich dazu das «Märchen» der reichen Schweiz und gleich kommt das Geheule, dass unser Staat nicht über genügend Pinke verfügt, was stimmt nun?!...

Rechtssprechung wird zu Gunsten unchristlicher Ehrbegriffe mit zu milden Urteile (bedingte Strafen) missbraucht. Die sogenannte Solidarität wird mit Steuervergünstigungen für die bereits (zu) reichen Mitbürger «ad absurdum» geführt. Einerseits werden Rechte für die Arbeitenden subtil verwässert, andererseits Volksentscheide mit Füsen getreten (Volksabstimmung

über die Verwahrunginitiative lässt grüssen!).

Auch Parteien, die zum Glück gegen einen EU-Beitritt sind, vor einer schleichenden, sehr gefährlichen Islamisierung warnen, sind teilweise jedoch für einen fraglichen Sozialabbau und benützen unter anderem die Bilateralen (Ausländer nehmen die neu geschaffenen Stellen, die Einheimischen gehen «stempeln»); die bereits Besitzenden stellen lieber Billigstarbeitskräfte an.

Als Parteiloser, Patriot, für die Schwachen, ein gesundes Bürgertum, für eine drastische Begrenzung der Einwanderung (als die Gefahr der BSE bestand, durften trotz eines sehr kleinen Risikos KEINE Rinder importiert werden, aber Regionen wo ein gewisser Prozentsatz an Menschen tiefste Hemmschwellen haben, wurden in unser Land eingelassen – «danke» Schengen), für eine Milizarmee ohne Auslandseinsätze, gegen Grossmachtallüren, für Unabhängigkeit und Vortritt für Schweizer/innen und hier Niedergelassene auf dem Arbeitsmarkt, gegen den Verkauf unserer Heimat, gegen Politfilz, für Vollbeschäftigung (ohne Bilaterale), Moscheen erst wenn in «deren» Länder auch Religionsfreiheit herrscht, eine vertretbare Portion Ökologie, Politiker, die nicht nur aus Anwaltskanzleien stammen, keiner Lobby angehören und «last but not least» NICHT volks- und realitätsfremd sind, müsste man sich ernsthaft überlegen, welcher Partei man überhaupt seine Stimme geben kann...

Willi Pavan, Rheinfelden

Die Saat des Bösen

Die kulturelle Umgestaltung Europas stellt sein Volk vor enorme Herausforderungen. Der Wandel von einem Umfeld der Sicherheit und Geborgenheit hin zu Unbehagen und Bedrohlichkeit beunruhigt ein wachsendes Segment der traditionellen Bevölkerung. Das unschmeichelhafte Credo leidenschaftlicher Traditionsgegner. Wir hätten uns gefälligst an diesen Umstand zu «gewöhnen», ist ein Affront für Betroffene.

Es war leider nur eine Frage der Zeit, bis diese Transformation einen besessenen Extremisten vollends um seinen Verstand bringen würde. – Nun ist der Terror im beschaulichen Norden unseres Kontinents angelangt. Auch daran gilt es, sich zu «gewöhnen». Werden Moral, Respekt und Anstand durch kosmopolitische Chaosförderung

verdrängt, lässt irgendwann jeder Misanthrop seinem «inneren Schweinehund» freien Lauf.

Europas Politiker verlieren allmählich die Kontrolle über eine prekäre demografische Entwicklung. Indes wird der Staat zunehmender Verrohung seiner Gesellschaft so lange mit Retorsionsmassnahmen entgegentreten, bis Demokratie und Zivilrechte sich in Luft aufgelöst haben.

Flüchtlinge verkörpern oft die bittere, unumstössliche Realität, dass ein langfristig friedliches Zusammenleben grundverschiedener Kulturen und Ethnien auf Wunschdenken beruht. – Wer diese Tatsache beim Gestalten der Zukunft eines Landes ignoriert, führt nichts Gutes im Schilde.

Harry Burger

Juso begreifen gar nichts

Langsam dämmerts in der SP, doch David Roth und seine Juso begreifen gar nichts.

Endlich konnte man in der Sonntagspresse lesen, dass nun auch die Sozialdemokraten, namentlich deren Präsident Christian Levrat, begriffen haben, dass die Personenfreizügigkeit mit der EU negative Auswirkungen auf die Löhne, die Mieten, die SP-Wählerschaft und speziell den Mittelstand hat. Und dass man über eine Abänderung des Vertrags reden müsse.

Natürlich ist dieses Eingeständnis Levrats noch etwas dezent, doch darf man von der SP, welche die Personenfreizügigkeit zusammen mit der Wirtschaft über Jahre in den Himmel gelobt hat, nicht zu viel erwarten... – jedenfalls nicht aufs Mal.

Doch parteiinterne Kritik an Levrats Äusserungen liess nicht lange auf sich warten. Der junge Provokateur und Links-Populist David Roth, welcher zu allem und jedem gerne seinen Senf gibt, um in irgend einem Käseblatt auf der Titelseite zu stehen, meldete sich postwendend zu Wort und bezeichnete die Äusserungen seines SP-Präsidial-Kollegen als, «aufspringen auf einen Zug», als «scheinheilige Migrationsdebatte», oder als, «SVP- Stammtisch-Parolen».

Aber mit «Scheinheiligkeit» oder «SVP-Stammtisch-Parolen» hat die Diskussion über die Personenfreizügigkeit nichts zu tun. Mit alltäglichen Realitäten hingegen sehr viel.

Denn die Personenfreizügigkeit und die damit verbundene Massenmigration der letzten Jahre hatten und haben für den Mittelstand Folgen, die nicht mehr schöneredet werden können. So sind die Mieten in den letzten Jahren insbesondere in den Zentrumsregionen geradezu explodiert, da die Nachfrage nach Wohnraum durch die Migration stetig steigt. **Demgegenüber**

sind die Löhne in vielen Branchen seit der Personenfreizügigkeit nicht oder kaum gestiegen, mancherorts gar gesunken!

Lohn-Dumping ist insbesondere in den Grenz-Regionen zur Regel geworden. Die flankierenden Massnahmen (welche von Bund, Gewerkschaften und linken Verbänden und Parteien so oft gelobt wurden) sind laut eines neueren Berichts der nationalrätlichen GPK ein einziges Lücken-/Lügenwerk, was man auch der 24. Ausgabe des «Beobachters» entnehmen kann.

Meinen die JungsozialistInnen eigentlich ernsthaft, dass in der weltoffensten Region der Schweiz (dem Kanton Genf, in dem etwa drei Viertel der Bevölkerung einen Migrationshintergrund haben und wo der Ausländeranteil über 40 Prozent liegt) eine Partei, die sich gegen die Personenfreizügigkeit wehrt, zur drittstärksten Kraft hätte werden können (zusammen mit der SVP sogar die stärkste), wenn die Masseneinwanderung kein Problem wäre?

Glaubten die Juso ernsthaft, der Kanton Tessin hätte die Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit über 60 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt (gesamtschweizerisch lag der Anteil bei etwa 40 Prozent, wenn die Folgen für die Bevölkerung nicht extrem negativ wären)? Über die Folgen der massiven Zuwanderung auf unseren Wohlstand und unsere Umwelt, muss man endlich offen reden dürfen, ohne gleich in die Nazi-Ecke gestellt oder als dumm bezeichnet zu werden! David Roth sollte endlich seine verklärende Brille ablegen und nicht von vornherein gegen alles sein, was von rechts kommt, und dagegen vom Leder ziehen. Der Mittelstand liegt nicht nur der SP am Herzen.

Beda M. Engel, Meggen

Untragbar wegen Unehrllichkeit

Zugegebene Fehler sind zu entschuldigen. Untragbar machte sich jedoch Philipp Hildebrand, weil er seine «starke» Frau für den Devisenhandel angeblich unwissend verantwortlich machte, obwohl er sie dazu ermächtigt hatte. Eine Bestätigung der Richtigkeit der

Abwahl war der Umstand, dass sich Hildebrand als freiwillig demissionierender Ehrenmann verabschiedete, obwohl er durch die Bankenkommision zu diesem Schritt gedrängt wurde.

Emil Rahm, Hallau

Kriminelle Ausländer ausschaffen – rassistisch?

Kein Weihnachtsgeschenk an SP und BDP-Fan Hämmerli!

Dass nun das Buch des ehemaligen SP-Nationalrates Andrea Hämmerli, welcher als Hauptdrahtzieher bei der Abwahl von Bundesrat Blocher agierte, pünktlich vor den Bundesratswahlen erschienen ist, stellt kein Zufall, sondern kaltblütige Berechnung dar. Jeder, der dieses Buch erwerben will, muss sich bewusst sein, dass der Autor für jedes verkaufte Buch eine Tantieme für sich einstreichen kann. Auf diese Weise unterstützt der nichts weiter ahnende Käufer indirekt und (vermutlich) ungewollt die BDP, welche wiederum von Hämmerli bedacht und gefördert wird. Wer dieses Buch als «Pflichtlektüre» taxiert, hat schliesslich die Möglichkeit, dieses im Buchladen zu durchstöbern (ohne zu kaufen) und wird – wie der Schreibende – bald feststellen, dass viele Sachverhalte bereits seit vier Jahren bestens bekannt sind.

Durch die Irreführung von Frau Widmer-Schlumpf, welche am Tag ihrer Wahl die Überraschte gespielt hatte, wurde ebenso von Andrea Hämmerli versucht, die ahnungslose Bevölkerung hinter das Licht zu führen. Der Tenor des Buches lautet: Frau Widmer-Schlumpf hat zwar gelogen, weil sie im Gegensatz zu ihren früheren Beteuerun-

gen ihre Wahl in den Bundesrat eben doch angenommen hatte. Sie sei aber trotz allem «eine gute Bundesrätin».

Mein Kommentar: Allein mir fehlt der Glaube! Wie heisst doch das Sprichwort: «Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht und wenn er auch die Wahrheit spricht.»

Bereits Mitte November 2011 gewährte Schweizer Radio DRS 1 Andrea Hämmerli über Mittag eine halbstündige Plattform, um für sein Buch Gratiswerbung zu machen. Es war widerlich, sich dieses Interview anzuhören, weil man deutlich spürte, wie Hämmerli diese Sendung, nebst seinem Buch, auch als Propagandainstrument für die Wiederwahl von Frau Widmer-Schlumpf gezielt missbrauchte. Man bestraft einen Mann wie Andrea Hämmerli für sein übles Spiel viel stärker, wenn man ihn in der Vergessenheit versenkt, als ihm noch ständig Auftritte und Statements zu ermöglichen, welche ihn für sein Unwesen noch belohnen.

Lassen wir daher Herrn Hämmerli für seine fiese Intrigen-Inszenierung vor vier Jahren NICHT noch zum Bestseller-Autor werden!

Marcus Stoercklé jun., Basel

Nachverhandlungen mit Deutschland?

Die Schweiz und Deutschland haben ein neues Steuerabkommen ausgehandelt. Da die von der SPD regierten Bundesländer dessen Ratifizierung boykottieren, fordert Deutschland nun Nachbesserungen. Zudem droht das Bundesland Nordrhein-Westfalen mit dem Kauf einer CD mit (gestohlenen) Bankdaten. Dies obwohl Deutschland nach Abschluss der Verhandlungen erklärte, keine solchen CDs mehr zu kaufen. Deutschland wird offenbar je länger je mehr zum unzuverlässigen Vertragspartner: Auch mehrere Abkommen, u.a. das Doppelbesteuerungsabkommen mit der Schweiz, wurden von Deutschland gebrochen. Da die Schweiz gegenüber ausländischen Begehrlichkeiten und Erpressungen allzu oft klein beigab, kämen nach Abschluss der Nachverhandlungen bald wieder neue Forderungen auf den Tisch. Daher sei Deutschland empfohlen, vorab ein Steuerabkommen mit England und den USA auszuhandeln. Diese

beiden Länder halten bekanntlich eisern an ihren Steueroasen fest. Als Mann für das Grobe wäre für solche Verhandlungen der ehemalige Finanzminister Peer Steinbrück besonders geeignet. Der soll dann (wie im Fall Schweiz) aber auch die USA und England unflätig beschimpfen, Obama und Cameron nach Berlin zitieren und sie unter Drohungen mit der Kavallerie zum Abschluss eines Doppelbesteuerungsabkommens zwingen. Selbstverständlich würde sich dieses Abkommen nach den OECD-Standards richten, die ja die Schweiz längst übernommen hat. Auch die EU fordert nun Nachverhandlungen und droht mit rechtlichen Schritten. Es ist für die EU halt einfacher, sich publizitätsträchtig in solche Verhandlungen einzumischen, anstatt ihre eigenen Probleme zu lösen. Eine Frage bleibt: Wird es die EU in ein paar Jahren überhaupt noch geben?

Otto Weiersmüller, Uetikon

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion

Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:

Adrian Pulver,
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)
Rudolf Keller, e. Nationalrat/
e. Landrat, Frenkendorf
Dr. D. J. Najman, Grossrat, Baden
Valentin J. Oehen, e. Nationalrat,
Köniz



**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der
Schweizer Demokraten (SD)
werden!
 Nur Zeitungsabonnement
 Nur Adressänderung
___ Ex. SD-Zeitungen zum
Verteilen

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

FIFA soll Schweiz verlassen

Etwa gleich gross ist der Wirbel um den Fussballclub Sion. Die sollen verbotenerweise Spieler eingesetzt haben. Spieler aus aller Herren Länder. Übrigens Fussballer, mit denen sich ein normaler Schweizer kaum mehr identifizieren kann. Jetzt hat der internationale Fussballverband FIFA interveniert und einen massiven Punkteabzug verlangt.

Typisch Schweiz: Der Fussballverband kuschte vor der FIFA und

machte, was verlangt wurde. **Wir haben in unserem Lande also nicht nur Kuschelpolitiker, sondern identisch auf der Sportebene auch Kuschelfussballfunktionäre.**

Im Übrigen ist es so: Wenn diese FIFA hustet, gehen alle brav in Deckung. Pikanterweise wird diese FIFA vom Walliser und damit «Schweizer» Sepp Blatter regiert. Der Sepp gegen seinen FC Sion also. Und dies alles steuerbefreit.

Wir verlangen von unseren Behörden, dass diese FIFA analog herkömmlicher Unternehmungen und Institutionen auch Steuern zahlen soll. Falls sie deswegen droht, aus der Schweiz wegzuziehen, dann soll sie eben gehen.

SD-Redaktion

Fussball: Tschagajew illegal?

Riesenwirbel um den Schweizer Fussball. **Die Neuenburger Mannschaft «Xamax» wird von dem nur eventuell reichen Tschetschenen Bulat Tschagajew «regiert».** Der Fussball-Traditionsclub wurde von diesem Mann gekauft. Allerdings ist niemand sicher, ob dieser «Fussballfreund» überhaupt Geld hat. Die Schulden türmen sich auf. Ja, man weiss nicht einmal, ob die AHV/IV/EO/ALV- und BVG-Beiträge für die Spieler und Clubfunktionäre



überhaupt bezahlt wurden. Wehe wenn sich ein Schweizer Kleinunternehmer so etwas leisten würde!

Da der Club nun in Konkurs gegangen ist, bezahlt die Allgemeinheit, also alle Steuerzahlenden, schlussendlich die Zeche dafür. **Und scheinbar hat dieser Herr Tschagajew auch gar keine Aufenthaltsbewilligung, um sich legal in unserem Lande aufzuhalten.**

Frage 1: Weshalb wird dieser Mann von den zuständigen Behörden nicht des Landes verwiesen?

Frage 2: Was ist das für ein nationaler Fussballverband, der so etwas zulässt?

SD-Redaktion

Aufgepasst

Als Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) bekommen Sie jeweils zwei Rechnungen: Anfang Jahr erhalten Sie eine Rechnung für das Jahresabonnement der Zeitung von Fr. 45.–. Dieser Betrag wird immer der Zentralkasse gutgeschrieben. Zwischen März und Juni des laufenden Jahres folgt dann die Verrechnung des Mitgliederbeitrags (meistens Fr. 50.–). Dieser Betrag wird der Kasse Ihrer kommunalen oder kantonalen Sektion (je nach Kanton auch die Zentralkasse) gutgeschrieben. Beide Rechnungen werden einmal pro Jahr zugestellt.

Adressänderungen

Die Post sendet nach Ablauf der Nachsendefrist das an Sie adressierte Exemplar der Zeitung «Schweizer Demokrat» zurück und meldet uns Ihre neue Adresse nicht mehr.

Bitte melden Sie daher Ihre allfälligen Adressänderungen frühzeitig an SD, Postfach 8116, 3001 Bern, E-Post: schweizer-demokraten@bluewin.ch

Sie sichern sich damit den lückenlosen Empfang Ihrer Zeitung.

SD-Redaktion

Das Testament – Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Wie andere Vereine und Parteien auch, sind wir auf grössere Zuwendungen lebensnotwendig angewiesen. Spenden helfen uns weiter! Aber leider reichen diese nicht aus, um unseren Finanzbedarf zu decken. Wir gehen sehr sparsam und sorgfältig mit dem gespendeten Geld um. Ausser drei Personen (dem vollamtlich angestellten Zentralsekretär und zwei Leuten, welche nebenberuflich wichtige Arbeiten für uns erledigen) bezieht niemand bei uns Geld. Auch beispielsweise der Zentralpräsident und die Kantonalpräsidenten arbeiten bei uns ehrenamtlich. Nur so können wir unseren politischen Kampf überhaupt weiterführen.

Uns helfen auch Beträge, welche aus testamentarischen Verfügungen kommen. Überlegen Sie sich deshalb, ob Sie uns auf diesem Wege unterstützen können! Sie helfen so uns als Partei – aber vor allem tun Sie damit etwas für Volk und Heimat! Sie leisten also Hilfe für einen guten Zweck, eine gute Sache.

Deshalb: Haben Sie also auch schon daran gedacht, die **SCHWEIZER DEMOKRATEN** in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung?

Unser Zentralsekretariat berät Sie gerne kostenlos:

Schweizer Demokraten SD
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10, Telefax 031 974 20 11
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Sie können sich aber auch an den Zentralpräsidenten wenden: Rudolf Keller, Adlerfeldstrasse 29, 4402 Frenkendorf, rudolf.keller@bluewin.ch